Sonnabend, 13. Januar 1923. **Einzelnummer 80 Mark.** 52. Jahrgang. **Nr. 9.**

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 1500.— in den Ausgabestellen 1600.— durch Zeitungsboten 1700.— am Postamt 2000.— ins Ausland 900 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 80.— M. Reklameteil. 240.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M. „ „ Reklameteil 120.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der französische Rechtsbruch.

Frankreich hat im engsten Verein mit **Belgien** und unter Beteiligung **Italiens** seinen Angriff auf Deutschland begonnen. Am Donnerstag hat der **Vormarsch der Truppen** begonnen. Am Tage vorher hatten Frankreich und Belgien in Berlin **Noten** überreicht, in denen Frankreich sein Vorgehen zu **rechtfertigen** sucht. Es tut dies mit der Begründung, der eigentliche Kern der Aktion sei nur die **Entsendung von Ingenieuren** zur Sicherstellung der Kohlenlieferungen. Die 40—50 000 Mann Truppen, die schwere Artillerie, Tanks, Flugzeuge u. s. w. dienen nur zum **Schutz** dieser Handvoll Ingenieure und zur **Sicherstellung** ihrer Kontrolltätigkeit. Das ist offenbar eine dreiste **Verdrehung der Tatsachen.** Wenn Militär mit Tanks, Panzerautos, Maschinengewehren und schwerer Artillerie einrückt, dann ist dies eben eine **militärische Besetzung** und nichts anderes. Die französische Note behauptet, daß der Einmarsch **keine Störungen und Belästigungen für die Bevölkerung** mit sich bringen soll. Ja, wo sollen die Truppen denn untergebracht werden? In **Essen** gibt es schon 13 000 Wohnungsuchende, die **dringend** einer Unterkunft bedürfen. Und dann noch viele Tausende von französischen und belgischen Truppen, deren **maßlose Ansprüche** im Rheinland man kennt. Die Generale, Stabs- und andere Offiziere und die Ingenieure werden große **Räumlichkeiten** mit allem Komfort der Einrichtung verlangen, für **Bureaus** werden Schulen und öffentliche Gebäude geräumt werden müssen, wenn die Besetzung länger dauert, werden **Kasernen, Exerzier- und Flugplätze** usw. eingerichtet werden müssen. Man kennt das alles aus den bisher besetzten Gebieten. Und das soll keine Belästigung der Bevölkerung sein? Man weiß ja, wie das Rheinland unter dem französischen Joch seufzt. Das Versprechen, den Arbeitern im Ruhrgebiet **billigere Lebensmittel** zu liefern, ist einfach ein **Bestechungsversuch,** eine versuchte **Verleitung zum Hochverrat,** die sich würdig anreiht an das ausgedehnte Spionagesystem im besetzten Gebiet, das Deutschland **selbst** bezahlen muß, an die **Verurteilung** von deutschen Beamten und Richtern wegen Unterhaltens von Einvernehmen mit ihrem Vaterlande (Fall **Prange** u. a.), an die Unterstützung von Hochverrätern wie **Dorten** und **Smeets,** denen sogar ungestraft Beleidigung des deutschen Reichspräsidenten erlaubt ist. Ein solches Verhalten erscheint als jedes Anstandes bar.

Die **Arbeiter** des Ruhrbeckens haben aber erklärt, daß sie ihre Berufsgenossen im ganzen Reich und deren Leiden infolge der Besetzung nicht vergessen, sondern sofort in den **Ausstand** treten werden. Das **Kohlensyndikat** mit sämtlichen leitenden Männern, mit allen Beamten und Angestellten, mit den Akten und Papieren hat Essen verlassen und die Franzosen stehen nur einzelnen Wirtschaftspersonen mit voller Handlungsfreiheit gegenüber. So ergreift Deutschland neben **diplomatischen** und **parlamentarischen** Protesten auch wirksame **praktische** Gegenmaßnahmen. Auch die **Vereinigten Staaten** beginnen sich energischer der französischen Gewaltpolitik entgegenzustellen, indem sie zum Protest ihre Truppen vom Rhein abberufen und Frankreich ihre Mißbilligung der Gewaltübung und den Wunsch ausdrücken, durch **Sachverständige** den Grad der deutschen Zahlungsfähigkeit feststellen zu lassen.

*

Einmarsch der Franzosen in Essen.

Essen, 11. Januar, 11 Uhr vorm. Französische Truppen sind seit zwei Stunden von verschiedenen Seiten in das Ruhrgebiet eingedrungen. Auf der Straße **Kettwig—Essen** kam als erste französische Abteilung um 9 Uhr **französische Kavallerie** in Sicht. Bei **Bredeney** zogen der führende Offizier und die Mannschaft die Säbel; dann bog die Truppe im scharfen Trabe nach Süden ab. Die Abteilung ritt kriegsmäßig gegliedert. Erst kam eine Vorhut, dann ein Auto mit vier Offizieren, darauf vier Panzerautos und danach in Marschkolonne 100 Reiter. Die Dragoner waren um 4 Uhr nachts von Düsseldorf abgeritten und waren fast ununterbrochen getrabt. Auch von anderen Seiten ist inzwischen der Anmarsch von Truppen gemeldet worden, so daß die Stadt Essen wohl im Augenblick **von allen Seiten von feindlichen Abteilungen umgeben** ist. Bis zur Minute ist ein **Einmarsch in die Stadt Essen selbst noch nicht** erfolgt. Vor dem Bahnhof stehen große Menschenmengen, die sich immer noch vermehren in Erwartung, daß jede Minute französische Infanterietruppen eintreffen können. Die Erregung der Menschenmengen beginnt sich zu steigern.

Essen, 11. Januar, 1,30 Uhr. Soeben zieht eine französische Kavallerieabteilung mit einem Maschinengewehr und in Schwadronstärke durch die Hauptstraße von Essen ein. Sie reitet im Schritt am Hauptbahnhof vorbei und zieht nach Süden weiter. Die Bevölkerung, der die schwere innere Erregung deutlich anzusehen ist, verhält sich ruhig und zurückhaltend. Der Bahnhof ist im Augenblick noch nicht besetzt.

Essen, 11. Januar, 2 Uhr mittags. Die Franzosen haben soeben den Essener Hauptbahnhof und das Rathaus besetzt. Der Eisenbahnverkehr wickelt sich bis jetzt glatt ab.

Rückberufung der amerikanischen Truppen vom Rhein.

Der Präsident hat, nach einer Washingtoner Sonderdepesche des W. T. B., die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückberufen.

Eine Washingtoner Meldung besagt, daß das **Militärtransportschiff „St. Mihiel"** den Befehl bekommen hat, am Donnerstag von Neuyork abzufahren, um die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuholen. Es seien noch ungefähr 1500 Mann.

Verordnung des Ministerrates
vom 21. Dezember 1922
über Standgerichte in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen
und dem oberschlesischen Teile der schlesischen Wojewodschaft.

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1919 über Standgerichte (Dz. P. P. P. Nr. 55, Pos. 341) im Wortlaut der Verfügung des Justizministers vom 20. Juli 1922 (Dz. U. R. P. Nr. 60, Pos. 542) wird folgendes angeordnet:

1. Im Gebiete der **Wojewodschaften Posen und Pommerellen** und im oberschlesischen Teil der schlesischen Wojewodschaft werden auf 6 Monate, vom Tage des Inkrafttretens dieser Verfügung gerechnet, Standgerichtsverfahren eingeführt:

a) Für **Störung des Landfriedens** nach § 125, Abs. 2 des Strafgesetzbuches.

b) Für **Vergehen gegen das Leben einer Person** nach den §§ 211 und 212 des Strafgesetzbuches.

c) Für **Raub** nach den §§ 249, 250 und 251 des Strafgesetzbuches sowie für Vergehen gegen die §§ 252 und 255 des Strafgesetzbuches.

d) Für **Brandstiftungen** nach den §§ 306, 307 und 308 des Strafgesetzbuches sowie Sachvernichtungen nach § 911 des Strafgesetzbuches.

e) Für Vergehen gegen den § 315 des Strafgesetzbuches, wenn es sich um **Beschädigung** oder **falsche Zeichen und Signale** handelt.

f) Für **Störungen des Telegraphenverkehrs** oder **Gefährdung dieses Verkehrs** nach § 317 des Strafgesetzbuches.

g) Für **Beschädigungen oder Vernichtungen** nach § 321, Abs. 2 des Strafgesetzbuches.

h) Für Vergehen, die in den §§ 5, 6, 7 und 8 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 über die **verbrecherische und gemeingefährliche Anwendung von Explosivstoffen** (Dz. U. Rzeszy S. 61) vorgesehen sind.

2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der Ministerpräsident und Innenminister.
(—) W. Sikorski.
Der Justizminister.
(—) W. Makowski.

Der Völkerbund und die deutschen Ansiedler

Das Arbeitsprogramm des Völkerbundsrates, der am 25. Januar in London zusammentritt, sieht u. a. die **Danziger Fragen** sowie die Frage des **finanziellen Wiederaufbaus Österreichs** vor. Den Vorsitz wird der Vertreter Japans führen. **Auch die Frage der deutschen Ansiedler in Polen,** die nicht im Einklang mit den Beschlüssen der letzten Völkerbundsratssitzung behandelt wurde, steht als **dringlicher Gegenstand** auf der Tagesordnung der bevorstehenden Zusammenkunft.

Wer wird Finanzminister?

Die Presse befaßt sich lebhaft mit der Person des künftigen Finanzministers. Als Kandidaten werden am häufigsten genannt **Krzyżanowski, Hebda, Władysław Grabski, Korytowski, Steczkowski** und **Darowski.**

Die Finanzministerkonferenz.

Die Donnerstagskonferenz der früheren Finanzminister dauerte von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags. Es wurden **Haushalts- und Valutafragen** besprochen. Im allgemeinen herrschte Einmütigkeit über die Ursachen der Haushaltsgebrechen und über die Sanierungsmittel. Als Bedingung für die Sanierung des Haushalts wurde die **Hebung der Einkünfte und die Verringerung der Ausgaben** erkannt. An den Debatten über die Valuta nahmen Sejmmarschall **Rataj** und Senatspräsident **Trąmpczyński** teil. Für Sonnabend wird die Beendigung der Konferenz erwartet.

Die nächste Sejmsitzung.

Die Tagesordnung der Sejmsitzung, die am Dienstag, dem 16. d. Mts., um 4 Uhr nachmittags stattfindet, sieht u. a. folgende Punkte vor: 1. Erste Lesung des Gesetzes, das die Änderung des Artikels 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1919 über die **Standgerichte im ehemals russischen Teilgebiet** betrifft. 2. Erste Lesung des Gesetzes über die Ermächtigung des Arbeits- und Wohlfahrtsministers, **außerordentliche Schiedsausschüsse zur Schlichtung von Erntekonflikten** zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzuberufen. 3. Erste Lesung des Gesetzes über die **Emission der vierten Serie von Schatzscheinen.** 4. Erste Lesung des **Scheckgesetzes.** 5. Erste Lesung des Gesetzes über die **teilweise Änderung des Genossenschaftsgesetzes** vom 29. Oktober 1920. 6. Erste Lesung des Gesetzes, das den Artikel 3 der Verfügung des Generalkommissars der Ostgebiete über die Registrierung von Verträgen, die den Verkauf von Geldern betreffen, ändert. 7. Mündliche Berichterstattung des Geschäftsordnungs- und Unantastbarkeitsausschusses über folgende Anträge: a) Antrag Barlicki, b) Antrag Wasyńczuk und c) Antrag Łańcucki betreffend die **Freilassung der neugewählten Abgeordneten.** 8. Wahl von zwei Mitgliedern des Ausschusses zur Kontrolle über die Staatsschulden. 9. Wahl von zwei Mitgliedern des Direktionskomitees der Postsparkasse. 10. Wahl von sechs Mitgliedern des Sparausschusses des Finanzministeriums. 11. Dringlichkeitsantrag Gdyk über die **ständig zunehmende Teuerung.**

Vor der Amnestie?

Dem Antrage der Nationalen Arbeiterpartei auf Erlaß einer Amnestie haben sich nunmehr sämtliche nationaldemokratischen Kreise angeschlossen, und es wird angenommen, daß dem Antrage stattgegeben werden wird. Der Antrag stützt sich auf das Inkrafttreten der Verfassung und die Wahl des Präsidenten der Republik.

Litauischer Einbruch in das Memelgebiet.

Aus Memel wird gemeldet: Litauische **irreguläre Banden** drangen in der Nacht zum Mittwoch in den Grenzort **Laugszargen** ein und besetzten am nächsten Vormittag **Bajoren.** Die Banden haben sich anscheinend in Schaulen gebildet. Sie trugen als Kennzeichen grüne Armbinden. Östlich von Bajoren haben bei **Eschliselke** scheinbar **reguläre Truppen** die **Grenze überschritten** und sind in südlicher **Vorwärtsbewegung auf das Memelgebiet** begriffen. In **Bajoren** wurden die **Zollbeamten** und die zurückgebliebenen **Polizisten der Landespolizei entkleidet** und **durchsucht.** Es verlautet, daß sich noch weitere Truppen im Anmarsch auf Memel befinden, aber wegen der schlechten Wege nur langsam vorwärtskommen. **Ein Teil der französischen Besatzungstruppen** Memels wurde bereits nach **Laugszargen dirigiert.** Dem litauischen Anschlag lag wohl das Ziel zugrunde, die Verbindung zwischen dem Memelgebiet und Deutschland zu unterbinden und dann das Memelgebiet zu besetzen. Amtliche Kreise in Kowno scheinen dem Raubzug nicht fernzustehen. Nach einer in Memel eingetroffenen Meldung wird nämlich in Kowno amtlich die Nachricht verbreitet, daß im ganzen Memelgebiet **örtliche Aufstände** ausgebrochen seien und der **Volksausschuß** des Hilfskomitee von Klein-Litauen sich zur **Landesregierung in Memel** ausgerufen habe, und daß dieser zur Vereinigung des Memeler Gebiets mit Litauen auffordere. An dieser **Schwindelnachricht ist kein wahres Wort.**

Ein Aufruf des französischen Oberkommissars für das Memeler Gebiet.

Der französische Oberkommissar für das Memeler Gebiet erläßt folgenden Aufruf:

„Eine große Anzahl von Freischärlern ist in die Grenzstation Laugszargen eingedrungen. Als **Vertreter der alliierten Mächte** werde ich mich mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften **der Besetzung des Gebietes widersetzen.** Ich ersuche die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und ihren Geschäften und Arbeiten nachzugehen. Ich werde den mir von den alliierten Mächten anvertrauten Platz nicht verlassen."

Fortgang des litauischen Vormarsches.

Eine Königsberger Meldung von **Mittwochabend** lautet: Die Litauer sind in der Zwischenzeit auch in **Pogegen** eingedrungen und stehen gegenwärtig um ½9 Uhr ungefähr **eine Wegstunde von Memel entfernt** bei **Kollaten.** Die **Landespolizei** des Memeler Gebiets hat **vollkommen versagt,** namentlich der Landespolizeidirektor Cornelius zieht sich immer weiter zurück, ohne sich gegen die litauischen Freischärler ernstlich zur Wehr zu setzen. So sind zum Beispiel in Pogegen anfangs nur etwa zwanzig Litauer eingedrungen, die fast ebenso starke Landespolizei hat aber **kampflos das Feld geräumt.** Die **französischen Truppen** haben sich im Umkreis von Memel **eingegraben.** Die Stärke der französischen Besatzungstruppen beträgt etwa 200 Mann. **Gerüchtweise** verlautet, daß hinter den mehrere hundert Mann starken litauischen Banden **Artillerie und Kavallerie** stehen. Es ist jetzt einwandfrei festgestellt worden, daß in Bojaren **reguläre litauische Truppen einmarschiert** sind. In **Memel** hat sich ein **Komitee zur „Rettung des Kreises Litauen"** am Abend durch Flugblätter zur **Landesregierung** ausgerufen. (?) Die Führer sind aber nirgends zu finden. Gegen sie sind Haftbefehle erlassen worden.

Der Widerstand der Entente.

Das „Memeler Dampfboot" meldet, daß die französische Regierung im Begriff ist, Kriegsschiffe zur Unterstützung der französischen Besatzungstruppen nach Memel zu entsenden.

Der Eindruck in Warschau.

Aus Warschau wird die Nachricht bestätigt, daß die litauische Regierung Memel mit Gewalt einnehmen und die Memeler Frage durch eine vollendete Tatsache selbst lösen will. Die litauische Heeresleitung konzentriert reguläre Truppen in der Nähe von Krottingen. In Warschauer politischen Kreisen hat diese Nachricht großen Eindruck gemacht. Der polnische **Ministerrat** hat am Donnerstag abend eine **Sitzung** abgehalten, die dem litauischen Zwischenfall gewidmet war.

Eine polnische Protestnote.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach Schluß der Ministerratssitzung am Donnerstagabend empfing Ministerpräsident **Sikorski** Vertreter der **Presse** und teilte ihnen mit, daß die Regierung eine **Protestnote gegen das Vorgehen Litauens** absenden werde. Die polnische Regierung ist im Besitz von Meldungen, die besagen, daß die alliierten Mächte beschlossen haben, eine einheitliche Front gegen Litauen einzunehmen. Dieser Umstand läßt die Hoffnung zu, daß der Konflikt auf diplomatischem und friedlichem Wege gelöst wird. Zum Schluß erklärte Sikorski, daß die Regierung bis zum Abend **keine Meldung von der Einnahme von Memel** erhalten hatte.

Die Litauer besetzen Heidekrug.

Am Donnerstag morgen besetzte eine litauische Bande von ungefähr 400 Mann die Stadt Heidekrug. Die Eisenbahngeleise in der Umgegend der Stadt wurden aufgerissen, so daß der Bahnverkehr mit Heidekrug eingestellt werden mußte. Die Bande schlug ihr Hauptquartier im Postamt auf. Sie ist mit Gewehren verschiedener Art bewaffnet und hat auch Maschinengewehre.

Die Stärke der französischen Truppen und der Landespolizei im Memelgebiet.

Dem französischen Gouverneur steht eine französische Truppenmacht von **einem Bataillon** zur Verfügung, von dem noch dazu die Hälfte in kleinen Kommandos in verschiedenen Orten des Gebietes verteilt ist. Die **Landespolizei** vollends ist überhaupt **nur hundert und einige Mann stark.** Die Macht der französischen Okkupationsbehörde ist also an sich fast wehrlos.

Pressestimmen.

Der „**Kurjer Warszawski**" bespricht den litauischen Überfall auf das Memeler Gebiet und schreibt: „Wir haben es hier nicht mit einer Improvisation eines Häufleins von Abenteurern, sondern mit einer **organisierten Aktion Kownos** zu tun. Es darf nicht geleugnet werden, daß **die Lage sehr ernst ist!** Der offene litauische Anschlag bedeutet unbestreitbar eine **Vergewaltigung des Versailler Vertrages.** Wenn man ihn duldet, dann bedeutet das so viel, als wenn die gesamte Grundlage der internationalen Aufbauarbeit nach dem Kriege ins Schwanken gebracht wird."

Polnisches.

Aus dem Senate.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Senats, die die sechste Sitzung der neuen Kammer war, stand der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die endgültige Geschäftsordnung des Senats. Berichterstatter war Senator Buzek. Er betonte, daß der Senat auf Grund der Verfassung hinsichtlich der Geschäftsordnung Autonomie besitzt. Die Verfassung sehe nur grundsätzliche Vorschriften geschäftlicher Art vor. Es sei notwendig, daß die Grundsätze des Parlamentarismus mit dem Grundsatz der Souveränität des Volkes harmonieren. Es sind dies Vorschriften über die Öffentlichkeit der Beratungen, über das Quorum usw. Die Verfassung gibt dem Senat weitergehende Rechte als andere ältere Verfassungen anderswo.

Der Redner besprach darauf die einzelnen Artikel der Geschäftsordnung. Die allgemeinen Vorschriften betreffen die Mitgliedschaft des Senats und den Verlust der Mandate. Art. 2 enthält die Fälle, in denen auf Antrag des Marschalls und des Geschäftsordnungsausschusses ein Mandat annulliert werden kann. Ein Antrag des Ausschusses ist dann notwendig, wenn der Senator erst nach den Wahlen das Recht der Wählbarkeit verloren hat. In solchen Fällen kann der Senat erst auf Grund eines Antrages des Geschäftsordnungsausschusses den Verlust des Mandates feststellen, ebenso, wenn jemand das betreffende Recht verliert, weil er an fünfzehn Senatssitzungen nicht teilnahm, einen besoldeten Staatsposten oder den Posten eines verantwortlichen Redakteurs übernimmt oder den Artikel 22 der Verfassung verletzt. Artikel 4 bestimmt, daß die Verhandlungssprache die polnische ist.

Senator Pasternak beantragte im Namen der Minderheiten, daß den Senatoren nichtpolnischer Nationalität gestattet werde, im Plenum und in den Ausschüssen ihre Muttersprache zu gebrauchen. (Der Geschäftsordnungsausschuß war gegen den Antrag, da eine solche Bestimmung die Beratungen der Kammer komplizieren würde.)

Der Marschall erklärte, daß er eine allgemeine Diskussion nicht eröffnen und daß die Abstimmung über die Artikel stattfinden wird, zu denen schriftliche Anträge eingereicht worden seien.

Senator Karpiński unterstützt den Antrag Pasternak und beruft sich auf Art. 109 der Verfassung, der allen Nationalitäten das Recht des Gebrauchs der Muttersprache im öffentlichen und privaten Leben zusichert.

Senator Buzek verliest darauf den Art. 109 und erklärt, daß man aus ihm nicht so weitgehende Schlußfolgerungen ziehen könne, wie es der Senator Karpiński getan habe.

In der Diskussion über den Abschnit II betonte der Senator Buzek, daß die ursprünglich vorgeschlagene Zahl von fünf Sekretären auf sechs erhöht werden müsse. Was die Wahl der Vizemarschälle und der Sekretäre betrifft, so kommen folgende zwei Grundsätze in Anwendung: 1. Gemeinschaftliche Wahl aller Vizemarschälle und dann der Sekretäre. 2. Die Wahl findet durch Zettel statt; es entscheidet die absolute Stimmenmehrheit. Ein Minderheitenantrag schlägt vor, daß die Wahl auf Grund der Proportionalität stattfindet. Der Redner ist gegen den Antrag.

Die Ausfuhr aus Polen.

In Polen hat die massenweise Ausfuhr von Zucker aus verschiedenen Zuckerfabriken, besonders aus Kongreßpolen, begonnen. An der Ausfuhr beteiligen sich 12 Zuckerfabriken und geleitet werden die Transporte nach dem Danziger Hafen. Die Ausfuhr vollzieht sich durch Vermittelung des Verbandes der Zuckerfabriken, und zwar mit Genehmigung der zuständigen Behörden. Die Handels-Aktiengesellschaft für den Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erhielt die Genehmigung zur Ausfuhr von 66 Waggons landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Rumänien. Dem Magistrat der Stadt Warschau wurde die Genehmigung zur Ausfuhr von weiteren 255 Schweinen über Oświęcim erteilt. Warschau führt die Schweine nach Dänemark aus und erhält dafür Rassenkühe für Stadtgüter. Für eine Kuh verlangt Dänemark fünf Schweine.

Ausfuhrverbote.

Nach den neuesten Verordnungen dürfen aus Polen nicht ausgeführt werden: Kupfer, Messing, Nickel, Neusilber, Britanniametall, Blei in Spänen und Bruch.

Von der lutherisch-augsburgischen Synode in Warschau.

Der zweite Tag der Verhandlungen war sehr lebhaft, teilweise stürmisch. Die polnischen Mitglieder der Synode schlugen vor, daß die Kandidatenliste für die Synode von den Diözesalversammlungen aufgestellt werden, während die deutschen Mitglieder der Synode ganz kategorisch verlangten, daß nicht nur die Wahlen selbst von den Gemeindebezirken vorgenommen werden sollen, sondern daß auch die Kandidatenlisten von allen Gemeindemitgliedern aufgestellt werden. Da sich die deutschen Mitglieder der Synode mit keinem Kompromiß einverstanden erklärten, verließen die polnischen Mitglieder der Synode in einer Anzahl von 65 Personen spät abends, gegen 10 Uhr, die Versammlung, wobei sie eine Deklaration vorlegten, die gegen den Standpunkt des deutschen Teiles der Synode, der die Mehrheit (58 gegen 42 v. H.) besitzt, protestiert. Im Präsidium verblieben, nachdem die Polen den Saal verlassen hatten, nur 2 Mitglieder.

Das neue Pressegesetz.

Auf Antrag des Innenministers ist auf der Grundlage der neuesten Auslandsgesetze ein neues Pressegesetz ausgearbeitet worden, das sich auf Artikel 105 der Verfassung stützt. In dem neuen Entwurf sind Bühnen- und Kinoangelegenheiten ausgeschlossen worden. Für sie wird ein besonderes Gesetz ausgearbeitet werden. Im Einklang mit der Verfassung ist bei den Tagesschriften der Posten der sogenannten verantwortlichen Redakteure vorgesehen. Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, daß ausländischen Verlägen der Vertrieb abgenommen wird. Der Gesetzentwurf wird in nächster Zeit vom Ministerrat durchberaten und dann dem Sejm vorgelegt werden.

Das Urteil im Lemberger Kommunistenprozeß.

Am Donnerstag abend ist nach 36tägiger Verhandlung der Lemberger Kommunistenprozeß beendet worden. Die Geschworenen haben nach fünfstündiger Beratung sämtliche Fragen, die die Feststellung eines Staatsverrats betrafen, verneint, dagegen bei 10 Angeklagten die Fragen über die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bejaht. Der Gerichtshof verurteilte zu drei Jahren schweren Kerkers den Warschauer Abgeordneten Królikowski, den Warschauer Techniker Kazimierz Cichowski, den Hörer der Philosophie Adolf Jung, den ehemaligen Hörer der Rechte in Kiew Malinowski und den Schneidergesellen Rappaport. Zu 2 Jahren schweren Kerkers wurden verurteilt: J. Kryka, Hörer der Rechte (Lemberg), F. Senek, Hörer am Lemberger Polytechnikum, R. Chonym, Absolvent des Philosophieinstituts, F. Wańtuch, Gymnasiumabsolvent aus Lemberg und J. Matwijow, Volksschulabsolvent aus Lemberg. Die übrigen 29 Personen wurden freigesprochen, darunter Frau Dr. Grosser. Der Staatsanwalt Gürtler legte gegen den Freispruch der Frau Dr. Grosser und einiger anderer Angeklagter Einspruch ein, während die Verteidigung gegen die Verurteilung der zehn oben Angeklagten Einspruch erhob.

Keine sowjetukrainische Vertretung mehr in Warschau.

Der Vertreter der Sowjetukraine bei der polnischen Regierung Szumskij ist vor kurzem nach Charkow und Moskau abgereist. Seine Abreise steht mit der Vereinigung der Sowjetrepubliken unter der Leitung Moskaus im Zusammenhang. Die Funktionen des Vertreters der Sowjetukraine bei der polnischen Regierung übernimmt die russische Gesandtschaft in Warschau.

Ein ungewöhnlicher Diebstahl im Sejm.

Während der Verabschiedung des alten Sejm am 27. November verschwanden aus den Räumen des Sejm 116 Tafelgeschirre im Werte von 600 000 M. Die Untersuchung ergab ein unerwartetes Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß der Diebstahl nicht von dem Dienstpersonal, auf das sofort der Verdacht fiel, sondern von dem ehemaligen Abgeordneten Józef Walczuk verübt worden war, in dessen Wohnung 15 Tafelgeschirre gefunden wurden. W., der auch für die jetzige Session kandidierte, jedoch durchfiel, wurde verhaftet.

Aus der polnischen Presse.

Die Agrarfrage im Posenschen gibt der „Gazeta Warszawska" Veranlassung, gegen das deutsche Landbesitztum im Posenschen zu Felde zu ziehen und alle Regierungs- und andere Maßnahmen zu verurteilen, die den Ansprüchen der deutschen Bevölkerung Großpolens Rechnung tragen sollen. Das genannte Blatt bedauert „den Sieg der linken, also der deutschfreundlichen Kreise, der immer eine Niederlage für die großpolnischen Fragen bedeutet". Das Blatt schreibt ferner: „Von dem Rechte des Auskaufs polnischen Landbesitzes aus deutschen Händen sogar in so engbegrenztem Rahmen, wie er uns vom Versailler Vertrag gewährleistet wird, macht die Regierung fast gar keinen Gebrauch und nicht eine einzige Kolonie, nicht ein einziges Landgut wurde zwangsweise ausgekauft. Es gab nur Privatkäufe, und zwar besonders in jener Zeit, als die Deutschen selbst die Landflucht ergriffen. Nun kam der Ruf aus Berlin: „Bleibt, hütet die heimatliche Scholle", und die polnische Regierung hat keinen einzigen deutschen Landmann zum Verkauf seines Besitzes gezwungen. Der Minister des Äußern, Narutowicz, der in seiner Stellung nur der Vollstrecker des Willens „unseres" Vertreters in Genua war, erließ die betrübende Verfügung, welche die Deutschen auf ihren politisch-wirtschaftlichen Posten beließ und eine ganze Reihe von Verdiensten unserer Landsleute illusorisch machte." — Die Niederlage der großpolnischen Agrarpolitiker diktiert der „Gazeta Warszawska" folgende Schlußsätze: „Es ist nötig, ja eine Pflicht, den staatsfeindlichen Charakter des Bromberger Deutschtumsbundes aufzudecken, gegen den letzteren gerichtlich vorzugehen und die Institution selbst zu schließen. Aber es wurde in dieser Beziehung nichts getan. Der „Deutschtumsbund" wurde nicht nur wegen seiner Beschwerden nicht zur Verantwortung gezogen, sondern belangt selbst ein Blatt, welches die staatliche Loyalität dieses Bundes anzweifelte, wegen Beleidigung. Die linksstehenden Regierungen versprechen also den westlichen Gebieten nichts Gutes."

Wojewodschaft Schlesien.

Vom schlesischen Sejm. Am Dienstag nachmittag trat der schlesische Sejm nach den Weihnachtsferien zur ersten Vollsitzung zusammen. Vizemarschall Dr. Rakowski eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: „Bei Beginn dieser ersten Sitzung im neuen Jahre, das unter dem Zeichen der Staatspräsidentenwahl steht, fühle ich mich verpflichtet, den neugewählten Präsidenten im Namen des schlesischen Sejm aufs herzlichste zu begrüßen. Mögen diese Begrüßungsworte ein Beweis dafür sein, daß wir gern in ihm den Vertreter aller jener Ideen sehen, die uns alle vereinigen, und nicht der Gedanken, die uns trennen. Wir wünschen ihm, daß es ihm gelinge, so schnell wie möglich sein schönes Programm der Einigung aller und des Friedens zu verwirklichen, und in diesem Sinne gilt ihm unser Gruß „Glück auf!" — Nach diesen Worten ging man zur Tagesordnung über. Bei Besprechung eines Antrages der Schulkommission brachte Abg. Szczeponik (deutsche Fraktion) mehrere Klagen und Beschwerden der Deutschen an die polnische Lehrerschaft vor, ebenso an die polnischen Behörden, die nach Ansicht des Redners bei der Besetzung von Lehrerstellen stets die politischen Vergangenheit des Kandidaten in Betracht ziehen. Der Redner erblickt darin ein Beispiel der Intoleranz der polnischen Behörden. In der Antwort auf die Ausführungen Szczeponiks bringt Abg. Pfarrer Brzoska gegenteilige Beweise, legt aber im übrigen dar, daß die deutsche Bevölkerung ein Recht zur Gleichberechtigung habe, nicht nur auf Grund des Genfer Vertrages, sondern auch mit bezug auf das Zahlenverhältnis der deutschen zur polnischen Bevölkerung in der Wojewodschaft, wie auch mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Bevölkerung zwei Vertreter in den Senat gewählt hat, das ist so viel wie die polnische Bevölkerung. — Darauf wurde der Antrag der Schulkommission über die Ernennung der Direktoren und Lehrer in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschen angenommen.

Der Verzicht des bisherigen Posener Wojewoden Dr. Celichowski auf den Kattowitzer Wojewodenposten wird jetzt offiziell auch aus Kattowitz gemeldet.

Sowjetrußland.

Ein russisch-österreichisches Syndikat.

Aus offiziellen Quellen wird gemeldet, daß der Rat der Volkskommissare für auswärtigen Handel das Projekt eines österreichischen Syndikats einer Durchsicht unterzogen hat. Genanntes Projekt verfolgt den Zweck, eine österreichisch-russische Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von einer halben Million Schweizer Franken zu gründen. Die Gesellschaft soll den Import österreichischer Waren nach Rußland und den Export russischer Rohstoffe nach Österreich fördern.

Die Stellung der Sowjetregierung zur Besetzung des Ruhrgebietes.

Nach einer Moskauer Meldung hat die Sowjetregierung beschlossen, daß für den Fall der Ruhrbesetzung alle Staatsangehörigen der Entente, Franzosen, Engländer, Italiener, Serben, Rumänen und Polen, die sich in Rußland aufhalten, verhaftet und in Konzentrationslagern untergebracht werden sollen. Die Nachricht wurde von den Pariser Morgenblättern gebracht. Sie ist mit dem größten Zweifel aufzunehmen.

Die militärische Stärke der Sowjetföderation.

Vor einigen Tagen hielt Trotzki in Moskau eine Rede, in der er sagte: Im Frühling kann Rußland sehr schweren Aufgaben gegenüberstehen. Rußland wünscht den Frieden, aber es wird keine opportunistische Politik treiben. Auf Rußlands Unterstützung können alle Völker rechnen, die von fremdem Imperialismus bedroht werden. Trotz der Verminderung der Truppenstärke kann die Sowjetföderation, wenn es nötig ist, bis acht Millionen Soldaten aufstellen.

Neue russische Zeitschriften.

Zu Weihnachten begann in Moskau eine antireligiöse Halbwochenschrift „Der Gottlose" zu erscheinen. Diese vom Hauptamt für politische Aufklärung herausgegebene illustrierte Zeitschrift wird Aufsätze über religiöse Fragen, über die neue Kirchenpolitik, Satiren, Karikaturen und ein wissenschaftliches Feuilleton enthalten, das vom Standpunkt des Marxismus den Ursprung der Religionen und des Gottesglaubens beleuchten will. Ab 1. Januar 1923 begannen die sowjetamtlichen Moskauer „Iswestija" mit der Herausgabe einer großen illustrierten Wochenschrift für Literatur und Kunst „Krasnaja Niwa" („Der Rote Acker"). An dieser Zeitschrift, deren Leitung Lunatscharski und Steklow innehaben, sollen u. a. folgende ausländische Schriftsteller mitarbeiten: Max Holitscher, Ernst Toller, Andersen Nexö, Henri Barbusse, Romain Rolland, Anatole France und Bernard Shaw.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(41. Fortsetzung.)

Diese Art verletzte Sidi Mariks Gefühle nicht; er kannte sie und kannte auch den reinlichen guten Anstand, mit dem diese Prozedur bewirkt wurde. Aber sein Sinn stand nicht nach leiblichen Genüssen. Er ritt noch immer durch die Wüste mit Lel. Und fühlte ihren warmen Leib an dem seinen ruhen. Drüben auf der anderen Seite klapperte es wie hundert Mühlen. Die holde Weiblichkeit des Duar saß dort zusammen. Honigwasser mit Rosenduft floß in Strömen und es war ein Schnabelwetzen, als habe der ganze Duar hundert Jahre geschwiegen. Lel war mitten drunter. Sie sprach nicht viel, aber ihre Augen gingen lächelnd in die Ferne. Neben ihr saß Fatme und strich ihr ab und zu zärtlich den Rücken. Der Nachtwind spielte mit dem langen blauschwarzen Haar des Mädchens, daß es leise wogte wie ein Strom von Jad. Um sie herum sang man das Lied ihrer Schönheit und das der Tapferkeit Sidi Mariks. Dieser ahnte nicht, zu welcher ungeheuren Heldengröße er in diesem für die Männer verbotenen Winkel emporstieg.

„Was sagst Du, Mirsam," rief eine vollwangige junge Frau mit munteren Augen, „fünfzig Feinde hat er bekämpft? Ja, es mögen fünfzig gewesen sein, aber hundert hat er davon niedergeschossen, ich weiß es." Ein schallendes Gelächter folgte diesem Rechenexempel, dann meinte ein kleines, flinkes Ding:

„Es waren nicht fünfzig und nicht hundert. Habt Ihr nicht das Schießen gehört den ganzen Tag? Wohl tausend hat er erlegt, ehe er Lel befreite." Mit verzückten Augen betrachtete der ganze Kreis die kundige junge Dame.

„Hast Du sie gezählt?" warf die Sprecherin von vorhin neckend ein.

„Es kann auch einer mehr gewesen sein," gab die Kleine schlagfertig zurück. Und all die braunen Augen starrten sehnsuchtsvoll nach dem Nachthimmel, voll Trauer, daß sie nicht auch aus den Händen von tausend Abu Mecks erlöst werden konnten. Zwei Tage später kamen die Schechs der Beni Hikme und der Beni Tedbir. Gerüchte fliegen schnell durch die Wüste. Sie kannten Sidi Marik zwar schon lange, aber jetzt erschien er doch in einem ganz anderen Licht, nachdem er so viel Feinde niedergestreckt hatte, daß die Wüste bedeckt war mit ihnen, so weit das Auge reichte. Nun wollten sie ihn wieder einmal von Angesicht zu Angesicht sehen. Wieder wurde geschmaust und geraucht und beraten.

Als die Sendung zu Ende war, trugen die drei Wüstenkönige Sidi Marik das Amt des Schechs im Beled el Enwer, im „Blumenland" an, dringend und mit herzlicher Bitte. Von einem Meer zum andern war kein Würdigerer zu finden, denn einer, der Myriaden von Feinden erschlagen. Sidi Marik blieb sehr ernst trotz seiner heiteren innerlichen Stimmung.

„Armer Abu Meck, wie einen Tanzbär habe ich, dich gehauen, und du bist solch ein Held!" So dachte er; aber er hütete sich wohlweislich, das auszusprechen. Und nahm den Posten mit gebührendem Dank an. Er war Held, er war Schech, er hatte alles, was sein Herz begehrte, nur das Allerbegehrteste, Allerschönste hatte er noch nicht: Lel. Sie brauchte er nicht mehr zu fragen, abgesehen von einigen Punkten. Aber da war noch Mama Fatme, Said Ibrahim als Vater, der Schech und vielleicht auch noch der ganze Stamm. Als er am Tage nach dem Abzug der beiden fremden Schechs in schweren Gedanken während der tiefen Mittagsstille in seinem Sammlungszelt saß, flatterte ein blaugelbes Hemdchen herein, und Lel hockte neben ihm. Aber rasch stand sie noch einmal auf, legte ihm den Arm um den Hals und küßte ihn, daß ihm das Feuer ins Gesicht schoß.

„Lel!" bat er mühsam. Die Goldfunken tanzten in ihren Augen.

„Du mußt das wollen," sagte sie und setzte sich wieder neben ihn. Er zog krampfhaft an seiner Pfeife, um die Haltung nicht zu verlieren.

„Lel, wann halten wir Hochzeit?" fragte er.

„Heute, morgen, wann Du willst!" Ihre Augen strahlten heiß und groß wie Sonnen und sie machte wieder Miene, ein Attentat auf ihn zu unternehmen. Er wehrte ab. „Lel — nach der Hochzeit.." Einen Augenblick stutzte sie, dann flog ein pfiffiges Lächeln über ihr Gesicht; sie fuhr sich mit der Zunge rasch über die küßlichen roten Lippen und sah den ernsthaften Sidi Marik spitzbübisch von unten her an.

„Wirst Du in einem luftigen, sonnigen Haus wohnen wollen?" fragte er.

„Ich werde."

„Und im Beled el Enwar?"

„Im Beled el Enwar!"

„Wirst Du noch manches lernen wollen, Lel?"

„Ich werde viel lernen wollen." Sie griff hinter sich, fischte in dem Zwischenraum der Ballen herum und brachte einen dicken Schmöker zum Vorschein.

„Den habe ich ganz durchgelesen, solange Du fortwarst. Frage mich aus."

„Später, Lel, später. Nach der Hochzeit. Jetzt sind wir erst davor. Was wird Deine Mutter sagen?"

„Die Mutter wartet auf Dich."

„Ah?! Und Said Ibrahim?"

„Er wird wollen wie die Mutter."

„Hm." Sidi Marik stutzte ein wenig. Lel sah Fatme ähnlich, und er selbst glich ein wenig Said Ibrahim. Sollte das etwa so eine Art Bestimmung sein? Aber Lel war eine verfeinerte Wiedergabe von Fatme, also würde auch zwischen ihnen sich das Verhältnis in weniger offensichtlichen Formen äußern. Aber er wollte sichergehen.

(Fortsetzung folgt.)

Frankreichs Unrecht. Deutschlands Gegenmaßnahmen. Amerikas Mißbilligung.

Der Inhalt der französischen und belgischen Note.

Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger übergaben heute dem Reichsminister des Auswärtigen gleichlautende Noten, deren Wortlaut in folgendem wiedergegeben ist:

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung in der Ausführung der Programme der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohle an Frankreich und gemäß den Bestimmungen von § 17 und 18 der Anlage 2 zum Teil 8 des Vertrages von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlensyndikats vorgesehene Kontrollmission ins Ruhrrevier zu entsenden, um die von ihrem Vorsitzenden an dieses Syndikat und an die deutschen Verkehrsbehörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgesetzten Programme sicherzustellen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Vollmachten dieser Mission werden durch die beiliegenden Urkunden bestätigt. Die deutsche Regierung wird gebeten, dies den beteiligten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit erforderlichen Weisungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, die italienischen Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen.

Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Man muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrage von Versailles enthaltenen Verpflichtungen achtet.

Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutze der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. Keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen, sie kann in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeit der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutze bestimmten Truppen.

Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Unterbringung der sie begleitenden Truppen durch irgendein Manöver behindert oder in Frage gestellt werden, und sollten die örtlichen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verwirrung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebietes herbeiführen, so würden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich ergriffen werden.

Die Befugnisse der Ingenieure.

Der Note sind zwei Anlagen über die Befugnisse der Ingenieure beigefügt.

Anlage 1 verfügt die Bildung einer Mission von Ingenieuren und Beamten zur Überwachung der Gruben und Fabriken im besetzten Gebiet. Sie erklärt, daß die Mitglieder dieser Mission ermächtigt sind, Auskünfte aller Art von den deutschen amtlichen und privatwirtschaftlichen Stellen einzufordern und freien Zutritt in Gruben und Fabriken zu beanspruchen. Für den Fall einer Erschwerung der Tätigkeit dieser Mission werden strenge Sanktionen angedroht.

Anlage 2 bestimmt, daß vom 11. Januar 1923 ab die Verteilung von Kohlen durch das Kohlensyndikat kontrolliert wird. An erster Stelle werden die der Entente zukommenden Mengen, an zweiter Stelle die Mengen für das besetzte linksrheinische Gebiet abbefördert werden. Im übrigen wird der Verteilungsmodus nicht berührt. Die Mitglieder der Ingenieur-Mission sind befugt, durch häufige Sondierungen festzustellen, ob die Befehle des Kohlensyndikats korrekt gegeben und strikt ausgeführt worden sind.

Die deutschen Botschafter verlassen Paris und Brüssel.

Botschafter Dr. Meyer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an den dortigen Botschaftsrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat auch der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Landsberg, erhalten.

Protest bei sämtlichen fremden Regierungen.

Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Auslande angewiesen, bei den fremden Regierungen unter eingehender Darlegung der Sach- und Rechtslage gegen die vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltpolitik Frankreichs und Belgiens Verwahrung einzulegen.

Allgemeiner nationaler Trauertag.

Der nächste Sonntag wird als Trauertag im ganzen Reiche gelten. Es ist geplant, große öffentliche Versammlungen möglichst von allen Parteien gemeinsam einzuberufen, um der ganzen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, gegen die Vergewaltigung Deutschlands Protest zu erheben. Die preußische Regierung wird am Sonnabend in allen Schulen nationale Trauerfeiern veranstalten.

Informationsreise Brockdorff-Rantzaus nach Berlin

Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau verläßt Moskau am Freitag abend. Seine Reise nach Berlin war bereits seit längerer Zeit geplant. Es handelt sich um eine der üblichen Informationsreisen, die, wie an zuständiger Stelle erklärt wird, mit den augenblicklichen weltpolitischen Ereignissen in keinerlei Zusammenhang stehen.

Verlegung des Kohlensyndikats nach Hamburg.

Das Kohlensyndikat, die Verkaufsorganisation der Zechen, in deren Vorstand auch ein Gewerkschaftsmitglied sitzt, hat gestern abend einstimmig, also auch mit der Stimme dieses Gewerkschaftsmitgliedes, beschlossen, das Kohlensyndikat für die Zeit bis zum 31. März, d. h. also so lange der gegenwärtige Syndikatsvertrag noch läuft, nach Hamburg zu verlegen und dann aufzulösen.

Infolge dieser Verlegung und späteren Auflösung des Kohlensyndikats müssen die Zechen, soweit sie nicht durch die laufenden Verträge noch gebunden sind, ihren Verkauf selbst besorgen. Die Entente muß daher mit den einzelnen Zechen direkt verhandeln und geht der ganzen Organisationsarbeit, die das Kohlensyndikat bisher für sie geleistet hat, verlustig. Sie müßte also den Versuch machen, durch die für das Ruhrgebiet bestimmte Ingenieurkommission aus sich heraus gewissermaßen eine neue Syndikatsstelle einzurichten. Sämtliche Führer der Ruhrindustrie, sowohl die bekannten Montanindustriellen wie die leitenden Direktoren und alle Chefingenieure, verlassen das Ruhrgebiet beim Einmarsch der Franzosen.

Die Mitglieder des Kohlensyndikats haben beschlossen, der Entente in keiner Weise die Arbeit zu erleichtern, sondern ihr jeden passiven Widerstand entgegenzusetzen. Die Begründung hierfür findet sich in dem schon vorgestern mitgeteilten Beschluß der Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Duisburg, in der auf die vollkommene Rechtlosigkeit des französischen Vorgehens hingewiesen wird, das einen Rechtsbruch und eine grobe Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstelle.

Die leitenden Beamten des Kohlensyndikats, die bereits in der vergangenen Nacht mit sämtlichem Aktenmaterial und Geschäftsbüchern Essen verlassen haben, begaben sich nach Hamburg.

Zu der Auflösung des Kohlensyndikats erfährt die Tel.-Union noch folgendes: Dienstag abend hat eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats stattgefunden, in der einstimmig beschlossen wurde, den Sitz der privaten Organisation von Essen nach Hamburg zu verlegen. In der darauf folgenden Versammlung der Beamten des Kohlensyndikats wurde dieser Entschluß mit stürmischem Beifall aufgenommen und durch Absingen des Deutschlandliedes besonders bekräftigt. Noch in derselben Nacht wurden sämtliche Akten und Papiere nach Hamburg geschafft. In den Morgenstunden folgten die Beamten nach, so daß in Essen mit Ausnahme weniger älterer Herren weder Personal noch Papiere des Kohlensyndikats sich befinden. Der in Paris weilende Direktor Lübsen ist aus dem Vorstand des Syndikats ausgeschieden. Die Auflösung des Kohlensyndikats ist bereits in das Handelsregister eingetragen worden, so daß hier mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen ist. Für die Wahl Hamburgs dürfte bestimmend gewesen sein, daß sich dort das Verwaltungsgebäude des deutschen Kohlendepots befindet. Man darf annehmen, daß diese wirtschaftlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgt sind. Zum mindesten hat, so wird in unterrichteten Kreisen versichert, die Reichsregierung ihre Unterstützung zugesagt. Das Kohlensyndikat hat eine Versammlung zum 30. Januar nach Berlin einberufen, in der die Errichtung neuer Verkaufsorganisationen beschlossen und die Ermächtigung zu besonderen Kaufmaßnahmen erteilt werden soll. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Auflösung des Kohlensyndikats wenn auch zunächst unter größeren Hemmungen für die Wirtschaft, doch auch neue Grundlagen im Gefolge haben wird. Die Besatzungsbehörden werden im Ruhrgebiet also nur einzelnen Wirtschaftsmitgliedern, die die volle Handlungsfreiheit zurückerlangt haben, gegenüberstehen.

Die Stimmung der Bevölkerung im Ruhrgebiet.

Die Verlegung des Kohlensyndikats hat den Eingriff der Franzosen in die deutsche Kohlenproduktion sehr erschwert. Wenn das Kohlensyndikat auch versuchen wird, von Hamburg seinen sehr verwickelten Geschäftsgang aufrecht zu erhalten, so wird die Übergangszeit schwere wirtschaftliche Störungen zur Folge haben. Auch die Förderungsziffern werden zurückgehen, da die Arbeiter unter den gegenwärtigen Umständen nicht gewillt sein werden, Überstunden zu leisten. Dabei herrscht die allgemeine Ansicht, daß die Besetzung den Franzosen weit mehr kosten als einbringen wird. Großindustrie, Bürgertum und Arbeiterschaft werden jedoch die Leiden, die Frankreich über sie bringt, mit Entschlossenheit tragen, in der Überzeugung, daß Frankreich erst dieses Experiment durchmachen muß, ehe es zur wirtschaftlichen Vernunft kommt. Die Kundgebung des Reichspräsidenten hat allseitige Zustimmung im Ruhrgebiet gefunden. Den Besatzungstruppen sind ausländische Journalisten, besonders amerikanische, englische und schwedische, in Automobilen vorausgeeilt.

Internationale Kommunistenzusammenkunft in Essen.

Die Mitglieder des französischen Aktionskomitees der Kommunistischen Partei, Cachin und Prent, ferner der Generalsekretär der unitaristischen Gewerkschaften und der Sekretär der unitaristischen Eisenbahngewerkschaften haben sich nach Essen begeben, wo sie mit den russischen, deutschen, holländischen und belgischen Kommunisten, die durch die bevorstehende Besetzung der Ruhr geschaffene Lage prüfen werden. In Paris hält das Aktionskomitee, das aus Vertretern der Kommunistischen Partei und der unitaristischen Gewerkschaftsgruppe besteht, fortwährend Sitzungen ab. Das Komitee hat beschlossen, eine Kampagne gegen die Besetzung der Ruhr einzuleiten. In Paris wurden am Mittwoch sechs kommunistische Führer verhaftet, gegen die eine Untersuchung wegen eines Komplottes gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates eröffnet ist. Weitere fünf Verhaftungen sind angeordnet worden. — Man sieht, daß mit dem rasenden Ausbruch des französischen Militarismus und Imperialismus Hand in Hand eine erhöhte Tätigkeit des Kommunismus geht. Die Red.

Scharfer Protest des preußischen Landtags.

Im preußischen Landtag gab Ministerpräsident Braun eine äußerst scharfe Erklärung gegen das Vorgehen Frankreichs ab. Er charakterisiert es als schnöden Vertragsbruch und brutalen Überfall. Alle Rechtfertigungsversuche der Franzosen seien Haarspaltereien. Er rief den Rheinländern und Westfalen zu, sie sollten aushalten, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, aber aller Bedrückung zum Trotz zum deutschen Vaterlande zu halten. Er schloß mit einem flammenden Protest gegen die unerhörte, alles Völkerrecht verletzende Gewalttat, der Deutschland nur die Gesetzlichkeit und das Recht entgegenstellen könne, in der unbeirrbaren Hoffnung, daß das Recht und die Gesetzlichkeit von dauernderem Bestande sein werde, als Gewalt und Willkür.

Einberufung des Reichstages.

Der Reichstag der ursprünglich erst am nächsten Dienstag zusammentreten wollte ist, wie wir erfahren, bereits für Sonnabend, den 13. d. M., nachmittags 2 Uhr, einberufen worden. Seine frühere Einberufung hängt mit der Frage der Ruhrbesetzung zusammen.

Amerikas Eingreifen, von Poincaré geleugnet, ist Tatsache.

Ein Mißverständnis Poincarés.

Wie dem „Neuyork Herald" aus Washington gemeldet wird, werden neue Enthüllungen vom Staatsdepartement gemacht über die Einzelheiten der Verhandlungen mit Frankreich über den amerikanischen Plan einer Kommission, die den Auftrag haben soll, den Grad der Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Das Staatsdepartement war der Ansicht, daß **die kürzlich Herrn Poincaré zugeschriebene Erklärung, nach der die Vereinigten Staaten kein Angebot dieser Art gemacht hätten, das Ergebnis einer irrtümlichen Auslegung sein müsse. Man erklärt im Staatsdepartement, daß das amerikanische Angebot auf dem üblichen diplomatischen Wege übermittelt worden ist.**

Man fügt hinzu, daß Frankreich gefragt habe, welche Sicherheiten gegeben würden hinsichtlich der Zahlungen Deutschlands, sobald einmal die Kommission, um die es sich handele, die Zahlungsfähigkeit festgestellt habe. Auf die Frage, so erklärte man im Staatsdepartement, habe Amerika geantwortet, daß eine moralische und wirtschaftliche Pression der ganzen Welt ausgeübt würde, um „Deutschland vollkommen zu isolieren und eine jede Möglichkeit zu neuen Anleihen zu nehmen, sowie jede Möglichkeit, seine Handelsbeziehungen mit den anderen Staaten fortzuführen, wenn es sich seinen Verpflichtungen entziehen wollte".

Nach der Meinung von Persönlichkeiten, die in sehr naher Beziehung mit der Regierung stehen, bezieht sich das „Mißverständnis", das zwischen Frankreich und Amerika besteht, lediglich darauf, festzustellen, ob eine diplomatische Sondierung als ein Angebot angesehen werden kann.

Amerika meint es durchaus ernsthaft.

„Neuyork Herald" meldet aus Washington, dort herrsche die Auffassung, daß Hughes' Erklärung über die Verhandlungen mit Frankreich eine bestimmte Antwort gebe auf alle von Paris übermittelten Andeutungen, daß die Vereinigten Staaten nicht jedes mögliche Mittel ergriffen hätten, um in Frankreich den Eindruck zu erwecken, daß sie es durchaus ernsthaft meinten, als sie die Kommission der wirtschaftlichen Sachverständigen an Stelle der Gewaltmethoden gegen Deutschland empfahlen.

Die Mißbilligung des Weißen Hauses.

Die Mißbilligung der französischen Besetzung des Ruhrgebietes ist offiziell der französischen Regierung mitgeteilt worden, doch ist kein offizieller Protest ausgesprochen worden. Ein Kommuniqué des Weißen Hauses teilt mit, daß eine Note an alle Staaten abgesandt wurde, die Schulden an die Vereinigten Staaten haben. Diese Staaten werden gefragt, ob sie in der Lage seien, ihre Schulden gemäß den Bestimmungen zu konsolidieren, die der Kongreß beschlossen habe und mit deren Durchführung die Schuldenkonsolidierungskommission beauftragt sei.

„Neuyork World" schreibt, Marschall Foch hege die Hoffnung, die deutschen Arbeiter durch hohe Löhne und billige Nahrungsmittel bestechen zu können. Er könne aber kaum erwarten, ganz Deutschland bestechen zu können.

Vielleicht folgt England dem Beispiel Amerikas.

Auch in England wächst die Stimmung dafür, daß die englische Regierung dem Beispiel Amerikas folge. „Daily Expreß" fordert heute die sofortige Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland.

„Neuyork World" schreibt, das amerikanische Volk hoffe, daß die amerikanischen und englischen Truppen den Rhein gleichzeitig verlassen würden, und es würde sich darüber freuen. Dann werde das französische Volk die Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Fehlers und die Verblendung der französischen Staatsmänner begreifen.

Lloyd George über den Rüstungswahnsinn Europas.

In dem vierten Artikel seiner Serie spricht Lloyd George, der als langjähriger Ministerpräsident Englands den Dingen doch nahe genug steht, von dem Rüstungswahnsinn Europas. Aus dem letzten Krieg habe Europa nichts gelernt, es habe im Gegenteil falsche Schlüsse gezogen. Es stehen heute in Europa mehr Mann unter den Waffen als im Jahre 1913 und 1914, und das ohne jede Berechtigung. Vor dem Kriege konnten Frankreich und Rußland sich auf die große deutsche Armee berufen (wobei Lloyd George allerdings ganz zu vergessen scheint, daß das russische Friedensheer nahezu doppelt so stark war als das deutsche. Die Red.), während Deutschland und Österreich auf die Gefahren des russisch-französischen Bündnisses hinweisen konnten. Die deutsche Militärmacht ist heute aus Europa verschwunden. Deutschland hat seine Armee von 800 000 auf 100 000 und Österreich seine Streitkräfte von 420 000 auf 30 000 reduzieren müssen. Trotzdem unterhält Frankreich heute eine Armee von 736 000 Mann, abgesehen von den Reserven, die mehrere Millionen betragen. Überdies verstärkte Frankreich seine Luftflotte in so hohem Maße, daß es heute über eine Anzahl von 1152 Flugzeugen gegenüber 400 vor dem Kriege verfügt. Die Ziffern sagen noch nicht einmal alles, da überdies beispielsweise die Ausrüstung der Flugzeuge außerordentlich zugenommen hat.

Die Bevölkerung Deutschlands ist ebenso groß wie die Gesamtbevölkerung Polens, Rumäniens, Südslawiens und der Tschechoslowakei. Trotzdem umfaßt seine Armee kaum ein Siebentel der Streitkräfte dieser vier Völker. Die deutsche Jugend hat nicht mehr die Möglichkeit, sich im Waffenhandwerk zu üben, und sie wird auch nicht mehr für den Krieg ausgebildet. Die deutschen Arsenale werden von den alliierten Offizieren auf das genaueste inspeziert; trotzdem glaubt Frankreich eine Armee von mehr als 700 000 Mann unter den Waffen halten zu müssen, um sich vor deutschen Angriffen zu schützen. Es gibt allerdings noch eine zweite große Armee in Europa: die russische. Von dieser sagt Lloyd George, daß ihre Kraft wohl mehr auf dem Papier stehe. Der Einfall Rußlands in Polen im Jahre 1920 war eine Komödie, vor dem ernsten Widerstand Polens zogen sich die Bolschewisten zurück. Auch die russische Armee rechtfertigt also nicht die französischen Rüstungen.

Frankreich, das zweifellos noch immer das reichste Land ist, hat infolge seiner militärischen Rüstungen an einem Defizit zu leiden, das es durch seine Notenpresse vergeblich auszugleichen sucht. Ein Teil seiner inneren Anleihen wird wohl für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet, der größere Teil aber wird für die militärischen Ausgaben vergeudet.

Deutsches Reich.

**** 6 Millionen Mark für unbeschäftigte Studienassessoren.** Um die Notlage der unbeschäftigten Studienassessoren und Studienassessorinnen zu lindern, hat der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Mittel zur Gewährung von Unterstützungen für das laufende Rechnungsjahr auf mehr als 6 Millionen Mark erhöht. Der Kultusminister hat angeordnet, daß die nunmehr verfügbar gewordenen Mittel, die die planmäßigen Mittel um das Zwanzigfache übersteigen, ungesäumt zur Auszahlung gelangen.

**** Die deutschen Eisenbahner erhalten eine Anleihe von den englischen Kollegen.** „Times" zufolge hat der britische Eisenbahnerbund beschlossen, dem deutschen Eisenbahnerverband eine Anleihe von 2000 Pfund Sterling zu gewähren, da letzterer sich in schwieriger finanzieller Lage befinde und die englischen Kollegen um Hilfe gebeten habe.

**** Geplante Einschränkung des Schulbetriebes in München.** Die finanziellen Lasten der Stadt München sind so groß geworden, daß neben anderen Maßnahmen die Frage geprüft werden soll, ob nicht der gesamte Schulbetrieb auf die Vormittagsstunden verlegt oder der dritte Teil aller Münchener Volksschulen geschlossen und mit anderen Schulen zusammengelegt werden soll.

Aus aller Welt.

Jugoslawiens Landesverteidigungsrat. Wie der „Reichspost" aus Belgrad gemeldet wird, fand am 6. Januar in Belgrad ein verstündiger Ministerrat statt, in dem beschlossen wurde, einen Obersten Rat für die Landesverteidigung zu schaffen. Dieser Oberste Rat hat in allen Angelegenheiten zu entscheiden, die Kriegsvorbereitungen betreffen. Er besteht aus dem Ministerpräsidenten, der den Vorsitz führt und aus den Ministern für Krieg, Verkehrswesen, Finanzen und Äußeres sowie aus dem Chef des Generalstabes. Der Oberste Rat wird eine ständig funktionierende Behörde mit einem Sekretariat bilden.

Der griechische König Konstantin ist in Palermo gestorben.

Die glückliche Geburt eines
Sohnes [4949
zeigen hocherfreut an
Arthur Schittel u. Frau
Elisabeth, geb. Wittiber.
Lissa, den 10. Januar 1923.

Spezialgeschäft für moderne
Brunnenbauten für die allergrößten Betriebe.
Schwierigste Reparaturen unter **Garantie.**
Erduntersuchungen nach Mineralien.
Verschiedenartigste Pumpen und Antriebe sowie
Wasserleitungen für alle möglichen Betriebe.
Posener Tiefbrunnen-Baugeschäft u. Pumpenfabrik
H. M. Patzer, Poznań, Traugutta 6. Tel. 1568.

Achtung!

Wer sein **Gut** oder **Haus** schnell und gut verkaufen will, wende sich mit vollem Vertrauen an die Firma
E. Dłużewski, Poznań,
Słowackiego 48.

Stelle zum Verkauf:
Herrschaft in Schlesien (deutsch),
120 000 Morgen, inkl. 50 000 Morgen Wald.
Preis 3½ Milliarden.
Schloß-Rittergut
in der Lausitz, 4500 Morg., Preis 325 Millionen.
Außerdem [4956
Rittergüter und Güter in Deutschland.
Es kommen **nur Selbstkäufer** in Frage.
Rückporto: 1000 Mark.
A. E. Kunze, Adm. a. D., Świecie n. W.
Telephon Nr. 166.

Habe in **Deutschland**
Güter, Land- u. Gastwirtschaften, Hotels in jeder Größe.
Nur persönliche Auskunft erteilt
A. Zieliński, Biuro Zjednoczone, Poznań,
św. Marcin 30, Eingang Garncarska 1.

Eine Dorfschmiede sofort zu verpachten
Für einen deutschen Schmied eine gute Existenz. Off. unt. **4963** a. die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zu kaufen gesucht:
1 eiserne Rutenwelle für Windmühle
bis 21 Ztr. Gewicht. Angebote nur schriftlich an
J. Rajewski, Wielka-wieś, poczta Buk.

Kaufe (435
Pianinos
und zahle die höchsten Preise.
Offerten „Hotel Monopol".

Goldene Klassiker-Bibel,
2 Bände, 40×30, **mit über 100 ganzseitigen Kunstdrucken** gegen Höchstgebot **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **Nr. 4494** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Januar 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

UNAMEL
feinster künstlicher
Tafel-Honig
von vorzüglichem Geschmack.
Nährwert: 1 Eßlöffel = 1 Hühnerei.
Alleiniger Hersteller:
Dr. W. A. Kenatsch, Unisław
powiat Chełmno.

Bekanntmachung.

Im Einvernehmen mit dem Magistrat erhöhe ich den Schornsteinfegertarif vom 1. Juli verg. Jahres um 75 Prozent. Die neue Taxe gilt vom 1. Oktober 1922 wie folgt:

a) Für das einmalige Reinigen eines einstöckigen russischen Kamins .... 21.00 Mk.
für jedes weitere Stockwerk mehr .... 9,00 „
b) für das einmalige Reinigen eines einstöckigen Einsteigekamins .... 30.00 „
für jedes weitere Stockwerk mehr .... 13,00 „
c) für das einmalige Reinigen eines einstöckigen erweiterten Kamins .... 27,00 „
für jedes weitere Stockwerk mehr .... 13,00 „
d) Für das einmalige Reinigen eines einstöckigen Bäckerkamins .... 60,00 „
für jedes weitere Stockwerk mehr .... 21,00 „
e) Für die Reinigung von Zentralheizungen, Ausbrennen von Schornsteinen oder Räucherkammern zahlt man nach Vereinbarung.
f) Dach- und Kellerräume werden als Stockwerk gerechnet, falls sich dort ein Brennherd befindet.

Die Entlohnung für die Reinigung von Kaminen wird nach Stockwerken berechnet.

Poznań, den 4. Januar 1923.

Der Leiter des Starostwo Grodzkie.
m. p. Mizgalski.

Ostmärkische Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H.
Schneidemühl.
Verkaufsstelle der **Eschmann-Huckert G. m. b. H.**
und **A. Drukenmüller G. m. b. H., Berlin.**
Eisen- u. Eisenwaren-Grosshandlung
Abteilung: Export nach Polen.
Lieferung frei Zollbahnhof ohne Speditionsgebühren.
Grosses Lager in:
Drahtstiften, Drähten, Schrauben, Nieten, Schaufeln, Spaten, Forken, Baubeschlägen. Drahtgeflechten, Strohpressendrähten, Blumendrähten, Hufeisen, Hufnägeln, Stollen, Schleifsteinen, Ackergeräten, Wagenachsen, Sprungfedern, eisernen Oefen. Herden, Kohlenkasten, Ascheimern, Ofenrohren, Eisenkurzwaren.
Vertreter gesucht.



Wir liefern sofort
ab Lager Berlin
jedes Quantum Zubehör für
Nationalkassen
als Scheckrollen,
Kontrollstreifen,
Farbe etc.
Anfragen erbeten
National Registrier Kassen Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Neukölln
Werra- Ecke Thiemannstr.

Kaufe jeden Posten
Papier- u. Papiergewebe-
Säcke.
Offerten mit Preisangabe an [4965
Firma T. Nowicki, Poznań, pl. Wolności 11. Telephon: 3326.

Student
erteilt Nachhilfestunden u. bereitet für Mittelschulen vor. Off. u. **4962** a. d. Geschst. d. Bl.

Ankäufe u. Verkäufe

Größere Villa 438
oder Wohnhaus — möglichst Eckhaus — unter günstigen Bedingungen zu kaufen gesucht. Nur ausführliche Offert. erb. unter **Nr. 2,138** an **„PAR"** Annoncenexp. Fr. Ratajczaka 8

Gelegenheitskaufgesuch.
1 gestrickte Jacke
zu kaufen gesucht. Off. u. **4964** an die Geschäftsst. d. Bl.

Vertausche guten Verdeckwagen
in Deutschland gegen einen **solchen in Polen.**
Kaufe gutes Klavier.
Angebote unter **L. 4952** an die Geschäftsstelle d. Bl. 4952

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — 11: Kindergottesd. Ders.

Luisenhain. Sonntag 10: Gd. Paarmann.

Kreising. Sonntag, 2: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend Wochenschlußgottesdienst fällt aus. — Sonntag, 10: Gottesd. Haenisch. — 11½: Kindergd. Schneider. — Amtswoche: Schneider.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. 11¾: Kindergd. Ders. — Mittwoch. 6: Bibelstunde. D. Staemmler. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 9½: Gd. — Donnerstag. 4: Frauen- u. Jungfrauenverein im Vereinsz. — Freitag, 7½: Kirchenchor.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. 12: Kindergd. Ders.

Christuskirche. Sonntag 10: Gd. Rhode. Danach Kindergd.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag. 10: Gd. Ilse. — 11½: Kgd. Ders. — Freitag. 6 Bibelstunde. Brummack.

Sassenheim. Sonntag 10: Gd. (Pressesonntag).

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: Monatsversammlung — 9: Abendandacht. — Montag, 7½: Blasen. — Dienstag, 8: Männerabteilung. — Mittwoch, 7: Bibelstd. — 8: Besprechungsabend. — Donnerstag 6½: Polnisch. — 7½: Blasen. — Sonnabend, 8: Wochenschlußand.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8 Wochenschlußgottesdienst. Sarowy. — 10: Gd. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. — 11½ Sonntagsich. — 2½: Jon. Gottesdienst. — 4½: Pred. — 6: Jugendverein. — Mittwoch 7: Gebetstunde. — Freitag. 7½: poln. Andacht.

Der neue
Posttarif
auf Karton mit Oese
100 M. das Stück
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag ist zu beziehen durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań,
ul. Zwierzyniecka 6.

Schülerin, auch ält. Mädchen od. Fräulein aus guter Fam. von außerhalb findet **angenehme Pension** bei gut. Aufsicht und Pflege in Stadt Posen. 12jähr. Tochter im Hause. Bei Herrschaften, die Lebensmitteln liefern, verbilligt sich der Pensionspreis. Gefl. Angeb. u. **L. 4936** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 12. 1. abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin"**, Oper von Halevy.
Sonnabend, den 13. 1. nachm. 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchen-Oper von Humperdinck. (Vorstellung für Kinder und Jugend. Preisermäßigung).
Sonnabend, den 13. 1., abends 7½ Uhr: **„Carmen"**, Oper von Bizet.
Sonntag, den 14. 1., um 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchenoper von Humperdinck (Preisermäßigung).
Sonntag, den 14. 1., abends 7½ Uhr: **„Konrad Wallenrod"**, Oper von Żeleński.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski ulica Fredry 1.

Teatr Pałacowy
Vom 12. bis 15. Januar:
Das Mädchen aus Abessinien.
Allgemeine Bewunderung hervorrufendes amerikanisches Drama in 6 Akten mit
Clara Kimbal-Young
in der Hauptrolle.
Beginn der Vorstellungen um **4, 6** u. **8 Uhr**, an **Sonn- u. Feiertagen** um **4 Uhr**, letzte um **8.30.**

KINO Colosseum
św. Marcin 65.
Vom 12. bis 15. Januar:
Die Abenteurer des Bankviertels
Grosses Abenteurer- u. Detektiv-Drama in 6 Akten mit **BOB HILL** in der Hauptrolle.
Beginn der **Vorstellungen** um **4, 6** und **8 Uhr.** Sonntags um **3½**, der letzten um **8½ Uhr.**

Gebildeter Landwirt,

Besitzer einer **250 Morgen großen Landwirtschaft**, Witwer, Anfang 30, wünscht **Bekanntschaft** gebildeter, katholischer, nicht unvermögender **Landwirtstochter,** der deutschen und polnischen Sprache mächtig. **Einheirat** in größere Landwirtschaft erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Offerten **mit Bild** unt. **M. K. 4889** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. — Diskretion Ehrensache!

Zur Anschaffung empfehlen wir folgende
Kalender für das Jahr 1923:

1 Wandkalender, Oktav, Karton, einseitig, **Mk. 100,**
1 Wandkalender, Großquartformat, zweiseitig, auf dünnem Karton, **Mk. 200,**
Derselbe auf Pappe gezogen **Mk. 400,**
Kleine Taschenkalender, Mk. 300.

Landwirtschaftlicher Kalender für Polen 1923.
144 Seiten, enthaltend: **Kalendarium,** verschiedene **Erzählungen, landwirtschaftl.** u. andere **Aufsätze, Verzeichnis der Jahrmärkte** usw. **Preis Mk. 1200.**

Deutscher Heimatbote
in Polen — für 1923
Großoktavformat **180 Seiten Umfang** mit Illustrationen und Ergänzungen, sowie **Märkteverzeichnis** und nützlichen Ratschlägen landwirtsch. Abhandlungen usw.
Preis 700 Mark,
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag
Alle Kalender sind eingetroffen u. zu beziehen durch:
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 12. Januar.

Die Standgerichte im ehem. preußischen Teilgebiet.

Im ehemaligen preußischen Teilgebiet (Wojewodschaft Posen und Pommerellen) werden mit Gültigkeit vom 28. Dezember 1922 auf die Dauer von 6 Monaten Standgerichte eingeführt und zwar auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1912. Die Standgerichte werden auf Tod oder lebenslängliche Zuchthausstrafe aburteilen in Sachen öffentlicher Gewalt, Totschlag usw. Das Urteil wird innerhalb von 24 Stunden vollstreckt.

Deutsche Reichsangehörige in Polen.

Das deutsche Reichsarbeitsministerium hat beim Versorgungsamt Schneidemühl eine „Versorgungsabteilung für Reichsangehörige in Polen“ gebildet, die für die Versorgungsangelegenheiten aller in Polen (ohne Polnisch-Oberschlesien) wohnenden Reichsangehörigen zuständig ist, einschließlich der Umanerkennung (auch in Hinterbliebenensachen) und der Zahlung der Versorgungsgebührnisse. Über Berufungen entscheidet das Versorgungsgericht in Schneidemühl. Überleitungsangelegenheiten von Versorgungssachen der nach dem Reich abwandernden Versorgungsberechtigten bearbeitet das Versorgungsamt Schneidemühl. Sonstige Erhebungen erfolgen durch Vermittelung der deutschen Konsulate in Posen für die Wojewodschaft Posen, in Thorn für die Wojewodschaft Pommerellen, und durch die Konsulatsabteilung der deutschen Gesandtschaft in Warschau für außerhalb des Abtretungsgebiets liegende Orte.

Zuverlässige Berichterstattung.

In der „Gerichtschronik“ seiner Nr. 8 (Freitag, den 12. Januar) berichtet der „Kurjer Poznański“:

„Vor der vierten Strafkammer stand als Angeklagter der schon durch viele Prozesse bekannt gewordene Redakteur des „Posener Tageblattes“ Dr. Wilhelm Loewenthal aus Posen. Die Anklage wirft ihm vor, daß er im Leitartikel „Übergriffe, nichts als Übergriffe“ in Nr. 247 vom 20. Dezember 1921 die ausführenden Behörden verleumdet hätte, indem er ihnen unberechtigte Einsetzung neuer Pächter auf Ansiedlungsgrundstücken und Exmission der Ansiedler, die nicht gutwillig räumten, mit Hilfe von Polizei und Truppen vorwarf. Der Richter hob in der Verhandlung mit Recht hervor, daß die Enteignung („wywłaszczenie“: so schreibt der „Kurjer“. Anm. d. Schriftltg.) eine Folge des Verhaltens der Deutschen von der Art des Dr. Loewenthal sei, die nicht verstehen können, daß ihre eigene Waffe gegen sie angewandt wird. Der Staatsanwalt beantragte 30 000 Mark Geldstrafe. Das Gericht beschloß Einstellung des Strafverfahrens, weil der Strafantrag erst nach Ablauf der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist gestellt wurde.“

Dieser Bericht des „Kurjer Pozn.“ enthält zwei glatte Unwahrheiten, und zwar:

1. Es ist nicht wahr, daß der Richter hervorgehoben hätte, die „Enteignung“ (wie der „Kurjer“ diese Maßnahme nennt) wäre „eine Folge des Verhaltens der Deutschen von der Art des Dr. Loewenthal“.

2. Es ist nicht wahr, daß das Verfahren wegen Verjährung eingestellt wurde. Vielmehr wurde Dr. Loewenthal ordnungsgemäß und von Rechts wegen freigesprochen, weil die Aussagen der Belastungszeugen die Richtigkeit der unter Anklage gestellten Angaben des „Posener Tageblattes“ erwiesen.

Worüber zu Nutz und Frommen des „Kurjer Pozn.“ nachgelesen werden kann in dem sehr genauen und zuverlässigen Bericht des „Pos. Tagebl.“ („Ein Freispruch“; Pos. Tagebl. Nr. 4, Sonnabend, den 6. Januar 1923).

Ein gerichtliches Nachspiel zum vorjährigen Landarbeiterausstand.

Während des Landarbeiterstreiks im Juli und August vorigen Jahres wurde ein Transport von arbeitswilligen Städtern im Dorfe Trzeciewnica, Kreis Wirsitz, von Streikposten angehalten, wobei einer von den begleitenden Polizisten, von der Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, angegriffen und erheblich mißhandelt wurde. Diese Vorgänge vom 5. August 1922 waren Gegenstand der Verhandlungen vor der Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts. Vierzehn meist junge Landarbeiter saßen, der „Deutschen Rundschau“ zufolge, auf der Anklagebank. Angeklagt waren sie auf Grund der §§ 115, 125, 118, 146, 196 des Strafgesetzbuches, einen öffentlichen Auflauf zum Zwecke von Gewalttaten veranstaltet, der Polizei Widerstand geleistet, Polizisten beleidigt und einen Beamten sogar körperlich angegriffen und schwer mißhandelt zu haben.

Außer dem Hauptangeklagten Wierzchucki leugneten alle, sich tatlich an dem Beamten vergangen zu haben. Belastet wurden sie vor allem durch die Aussagen des ersten Angeklagten, der von fast allen behauptete, sie hätten ihm versichert, den Polizisten mit verhauen zu haben. Die Aussagen der beiden Kronzeugen, der Polizisten Nowicki und Maciaszczyk, erhärten nur den Tatbestand im allgemeinen, brachten jedoch gegen die einzelnen Angeklagten nichts besonders Belastendes, da sich die beiden Beamten begreiflicherweise der einzelnen Personen nicht klar erinnern können, zumal da am Vorfall eine Menschenmenge von 80 bis 90 Personen beteiligt war. Der mißhandelte Polizist Nowicki kann sich nur des Hauptangeklagten Wierzchucki klar erinnern, da dieser ihn zuerst angegriffen und versucht hat, ihm den Karabiner zu entreißen. Der Angeklagte gibt das zu, gesteht auch, den Beamten tätlich angegriffen zu haben.

Der Staatsanwalt beantragte strenge Bestrafung, trotzdem einige mildernde Umstände vorliegen, wie Jugend der meisten Angeklagten, der Umstand, daß sie zum größten Teil nicht vorbestraft sind, sowie die allgemeine Aufregung während des Streiks usw. Nachdem der Verteidiger darauf hingewiesen hatte, daß durch die Vernehmung der Zeugen kein einziger Angeklagter einwandfrei des Verbrechens der Mißhandlung von Beamten überführt, und daß in der Tat noch sehr viele mildernde Umstände anzuführen seien, beantragte er Freisprechung aller Angeklagten. Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück, die über eine halbe Stunde dauerte. Der Gerichtshof hat gegen alle 14 Angeklagte das Schuldig in höherem oder geringerem Maße ausgesprochen, jedoch die vom Staatsanwalt beantragten Strafen gemildert. Der Vorsitzende verkündete folgendes Urteil:

Der Gerichtshof hat alle Angeklagten für schuldig befunden und die einzelnen zu folgenden Strafen verurteilt: Wierzchucki zu 2 Jahren Gefängnis, Pawalisz und Madaliński zu je 1½ Jahren, Narożny und Szulczi zu 14 Monaten, Olszak, Wład. Kufel und Kortczewski zu je 12 Monaten, Josef Kufel, Zielicki und Wojewodzki zu je 9 Monaten, Daron zu 8 Monaten, Gołgia und Zumoziński zu je 6 Monaten.

Erhöhung des Alkoholpatents. Die Zahlung für das Patent der Schnaps- und Likörfabriken wurde im ganzen Staate vom 1. d. Mts. ab von 500 000 Mark auf 3 000 000 Mark erhöht.

X **Welcher Betrag darf von Deutschland ins Ausland mitgenommen werden?** Der Deutsche Reichstag hat der Ergänzung und Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. Dezember 1920/22. März 1922 mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab zugestimmt. Daraus ist besonders hervorzuheben die Erhöhung der Freigrenze für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln von 20 000 M. auf 200 000 M., im kleinen Grenzverkehr von 3000 M. auf 20 000 M. monatlich (natürlich in deutschem Gelde).

Annahmepflicht für beschädigte Banknoten. Beschädigte Banknoten müssen in den Kaufläden angenommen werden, sofern noch eine Nummer und eine Unterschrift darauf erkenntlich sind. Wird die Annahme verweigert, so macht sich der betreffende Kaufmann strafbar. Ein solcher Fall ereignete sich kürzlich in Warschau, wo der Kaufmann Wasilewski zu vier Wochen Haft verurteilt wurde, weil er die Annahme eines beschädigten 500-Markscheines verweigert hatte. — Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, daß es sich für die Kaufleute empfehlen würde, beschädigte Banknoten nicht wieder auszugeben, sondern zu sammeln und an der Landesdarlehnskasse gegen bessere Noten einzutauschen. Auch für Gastwirtschaften wäre das Gleiche zu empfehlen.

Ausfall der Auswandererzüge. Das Deutsche Generalkonsulat, Abteilung Abwanderung, bittet uns folgendes mitzuteilen: Die Auswandererzüge fallen von jetzt an bis auf weiteres aus. Die Auswanderer mit Ziel können ihre Ausreisepässe an den Tagen, welche das Bureau für sie festsetzt, abholen und erhalten dann gleichzeitig von hier aus die Genehmigung zur Benutzung der fahrplanmäßigen Personenzüge. Die Auswanderung derjenigen Personen, welche ohne Ziel nach Deutschland gehen (Ziellose) ist bis auf weiteres gesperrt.

20 000 Mark Belohnung hat der Magistrat unserer Stadt für die Ermittelung eines Gullygitter-Diebes ausgesetzt.

Cello- und Klavierkonzert von Paul und Marie Schramm. Zu dem am 25. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses stattfindenden Konzert von Paul und Marie Schramm seien einige Pressestimmen von 1921 über diese Künstler mitgeteilt. „Politiken“ aus Kopenhagen schreibt über Paul Schramm, daß er nach langjähriger Abwesenheit wieder mit der prachtvollen Lyrik seines Spiels bezauberte. „Berlinske Tidende“ bezeichnet ihn als einen der bedeutendsten Pianisten und stellt eine große Begeisterung und endlose Hervorrufe fest. Ebenso drücken sich Pressestimmen aus Stockholm und Upsala aus. Hier wird seine seltene Beherrschung von Ton und Anschlag hervorgehoben, seine glänzende Technik und die geistige Durcharbeitung. Ebenso günstig berichten das „Berliner Tageblatt“ und der „Börsenkurier“ sowie Wiener Zeitungen über das technisch und geistig sichere und fein durchgearbeitete Spiel von Marie Schramm. Eintrittskarten zu diesem Konzert, das von dem Ausschuß zur Pflege deutschen Geisteslebens veranstaltet wird, sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von A. Gumnior, Ecke St. Martin- und Viktoriastraße, zum Preise von 2000, 1500, 1000 und 500 M. zu haben.

Perikles von Tyrus. Auf das heute, am 12. d. Mts., abends 8 Uhr im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses stattfindende Gastspiel der Wanderspiele mit dem Shakespeareschen Märchenspiel „Perikles von Tyrus“ sei nochmals hingewiesen. Es ist ein echtes Märchendrama, das die heiteren und tragischen Schicksale des Königs von Tyrus in farbigen Bildern darstellt. Ein Stück, das durch den Reichtum an Abwechslung sowie die Tiefe und Innigkeit seiner Darstellung des großen Dichters würdig ist. Eintrittskarten zum Preise von 2000, 1500, 1000 und 600 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Der Posener Bachverein nimmt seine Proben am Montag, dem 15. d. Mts., in der Aula der früheren Berger-Oberrealschule, Schützenstr. 4 II, wieder auf, für die Damen um 7½, für die Herren um 8½ Uhr.

X **Angeschwemmte Leiche.** Am Mittwoch wurde in Swonowo bei Obornik die Leiche eines 20—25jährigen unbekannten jungen Mannes, vermutlich eines Soldaten, aus der Warthe gezogen. Er ist 1,50 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, englisch geschnittenen Schnurrbart; war bekleidet mit einem Trikothemd, Leinwandunterbeinkleidern, gelben Leinwandbeinkleidern und einer Militärdrillichjacke. Angaben über die Persönlichkeit des Vermißten nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

X **Spurlos verschwunden** ist seit Mittwoch aus der elterlichen Wohnung in der ul. Stafyca 7 (fr. Moltkestr.) der neunjährige Schulknabe Johann Szymański.

X **Eigentümer gesucht.** Von der Polizei in Petrikau wurden zwei Männer unter dem Verdacht von Raubüberfällen festgenommen. Ihnen wurden u. a. ein alter Zehnrubelschein, 220 Kerenski-Rubel, sowie verschiedene andere Sorten Geldstücke und ein neuer belgischer Revolver abgenommen. Die Eigentümer der Sachen können sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden.

X **Ein 5 Millionen Diebstahl.** Gestern wurde in der ulica Wielka (fr. Breitestr.) ein Paket mit Hefebanderolen im Werte von 4 800 000 Mk. gestohlen. Die Banderolen waren Eigentum der Hefefabrik in Luban und haben für diese den angegebenen Wert; für den „Herrn“ Spitzbuben, der sie natürlich kaum verwenden kann und der in dem Pakete gewiß einen andereen Inhalt vermutet hat, sind sie wertlos.

X **Beim Diebstahl überrascht** wurde gestern vormittag an der Einfahrt zum Güterbahnhofe der 20jährige Arbeiter Fajerski, ul. Polna 9 (fr. Feldstr.) wohnhaft, der mit Hilfe eines geflüchteten Komplizen von einem Militärwagen 10 Paar Hufeisen mit Einlagen gestohlen hatte. — Ferner wurde in der św. Marcin (fr. St. Martinstraße) der Arbeiter Anton Mackowiak beim Diebstahl von Klosettröhren überrascht und festgenommen.

---

el **Schwersenz**, 11. Januar. Zu einer Weihnachtsfeier hatte die höhere Privatschule Schwersenz die Eltern der Schüler, sowie Freunde und Gönner aus Stadt und Umgegend zum 18. Dezember durch ihren Leiter, Pfarrer Schulze, eingeladen. Jedoch mußte die Veranstaltung infolge der behördlich angeordneten Landestrauer im letzten Augenblick auf den 18. Dezember verschoben werden. Nichtsdestoweniger groß war aber der Eifer und die Freude bei den kleinen Deklamatoren und Mimikern, und erfreulich zahlreich auch die Menge der Gäste, die den Saal im Hotel Polski (früher Goerlt) bis auf den letzten Platz füllten. Nach gemeinsamem Gesang und Begrüßung der Erschienenen durch Pfarrer Schulze folgten von Frl. Schulze und Frl. Zimmermann wohleingeübte und verständnisvoll vorgetragene Deklamationen der Schüler. Helle Begeisterung, besonders bei den kleinen Zuschauern, rief das lebende Bild: „Ein Weihnachtstraum“ hervor, das in 6 Einzelbildern die Geschichte der Geburt Jesu veranschaulichte. Den Schluß des ersten Teiles der Vorführungen bildete das von Fräulein H. Schulze mit Ausdruck und Innigkeit gesungene „Wiegenlied der Hirten“. Aus dem zweiten Teil des Programms ist das Missionsspiel: Tommys Weihnachtsbitte besonders anerkennend hervorzuheben, in dem von kleinen Mädchen und Knaben der Weihnachtsabend in einer Missionarfamilie recht lebensvoll dargestellt wurde. Nach gemeinsamem Gesang bekannter Weihnachtsklänge endete die zur vollen Zufriedenheit für Veranstalter und Gäste ausgefallene Feier, an die sich ein zwangloses Beisammensein schloß.

* **Inowrocław**, 9. Januar. Die letzte Monatsversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Kujawien war besonders gut besucht. Der Vorsitzende, Herr Hinsch-Lachmirowitz, konnte den Vertretern der beiden zum Verein gehörenden Landkreise ein herzliches frohes neues Jahr wünschen, mußte aber auch an einen Verlust erinnern, der die kujawische Landwirtschaft betroffen hat. Das Andenken an den kürzlich verstorbenen Gutsbesitzer Wiegand-Trzask wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Dann sprach Landesökonomierat Dr. Wegener-Posen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse unserer Zeit. Er begann mit einer historischen Betrachtung über das Emporblühen und den Niedergang der großen Handelsmächte und Handelsstädte der Welt: Venedig, Lissabon, Amsterdam, London usw. Gerade London steht heute auf einem kritischen Wendepunkt. Wenn eine Gesundung des europäischen Wirtschaftslebens nicht bald einsetzt, geht die Führung unweigerlich an Amerika über. Eine Gesundung auf unserem Kontinent ist nur möglich auf dem Wege großer wirtschaftlicher Zusammenschlüsse, wie sie für die Industrie schon eingesetzt haben. Für die Landwirtschaft empfehle sich für das erste ein intensiver Ausbau des Genossenschaftswesens. Auch Maßnahmen zur Gesundung unserer Valuta und die Möglichkeiten der Einführung einer Roggenwährung streift der Redner. Als zweiter sprach Hauptmann a. D. Richard Contag über „Stadt und Land“. Er gab seinen Worten mehr den Charakter einer Plauderei, um dem ziemlich heiklen Thema ohne Schaden etwas von dem Ernst nehmen zu können. Rein sachlich behandelte er zwei verschiedene Artikel in der „Rundschau“ und im „Kujawischen Boten“, die beide von dem Interesse für unsere heimische Landwirtschaft diktiert sind, er erwähnte die Wichtigkeit der Landwirtschaft für unseren Wirtschaftsaufbau und ging dann auf das Verhältnis von Stadt und Land über. Die gegenseitige Unterstützung könne nur nach Anbahnung eines besseren Verständnisses auf beiden Seiten erfolgen. Eindringlich empfahl er dem Landwirt, das Seine dazu beizutragen. Eine lebhafte Aussprache folgte dem Vortrag, und Herr Hinsch konnte nach dreistündiger Sitzung mit Genugtuung feststellen, daß die Januar-Versammlung sicherlich vielen Mitgliedern Anregungen mit auf den Weg gegeben habe.

* **Janowitz**, 11. Januar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in die Wohnung des Propstes Noak und entwendeten dort elf silberne Löffel sowie andere Silbersachen, 3½ Meter Marengostoff und 35 000 M. bares Geld. Gesamtwert eine Million. Auf einer silbernen Gabel befanden sich die Zeichen Ks. T. N.

* **Exin**, 11. Januar. Einbrecher drangen in der Nacht zum Montag durch Zertrümmerung einer Fensterscheibe in die Wohnung von Lewandowski und entwendeten 3 Meter Cheviot, 20 Meter Musselin, 4 Meter weißen Blusenstoff, 4 Meter Diagonalstoff, 3 Meter Voile und zwei Barchendblusen. Der Wert der gestohlenen Sachen ist sehr hoch.

* **Thorn**, 9. Januar. Am Sonntag fand in der Altstädtischen evangelischen Kirche die Einführung des neugewählten Seelsorgers, Pfarrers Melhorn aus Lautenburg, statt. Nach der Liturgie verlas er einen Berufsbrief der Stadt Thorn (als Patron) sowie das Bestätigungsschreiben des Posener Konsistoriums; hierauf hielt Stadtrat a. D. Mallon eine längere Begrüßungsansprache, und die Gemeinde sang das Lied „Ein' feste Burg ist unser Gott“. Die Kirche wies festlichen Schmuck auf.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 9. Januar. Zu einem aufregenden Kampf zwischen einem Banditen und der Polizei kam es in der Ortschaft Stara-Wieś bei Kasnostaw. Die Polizei hatte nämlich herausbekommen, daß ein langgesuchter Räuber namens Ciesla regelmäßig in einem Hause des Dorfes ein- und ausgehe. Nachdem aus benachbarten Orten Verstärkungen herbeigeholt worden waren, umstellte eines Abends die Polizei das Haus und forderte den Banditen auf, sich zu ergeben, der aber das Spiel nicht verloren gab, sondern mit Revolverschüssen antwortete. Es entspann sich nun ein langes Feuergefecht, bis schließlich eine Kugel den Räuber niederstreckte.

* **Warschau**, 9. Januar. Hiesigen Blättern zufolge ist am Sonnabend der Oberkondukteur Staniewski auf dem Warschauer Hauptgüterbahnhof überfahren und getötet worden. Ebenso wurde sein ältester Sohn, ein 14jähriger Junge, getötet. Sein zweites Kind kam mit einigen Verletzungen davon. Anscheinend hatte der Verunglückte, als er mit seinen beiden Kindern die Gleise überschreiten wollte, das Herannahen eines rangierenden Zuges nicht gesehen.

* **Warschau**, 10. Januar. Am Sonnabend veranstalteten in der Privatwohnung eines Friseurs namens Dombrowski der Friseur, seine Frau und eine Mitbewohnerin des Hauses eine ausgedehnte Orgie. Als alle schwer bezecht waren, ärgerte sich Frau Dombrowska über ihren Mann und begoß die dritte Teilnehmerin mit Karbol. Diese wurde schwer verletzt und mußte in ärztliche Behandlung übergeführt werden.

---

* **Zoppot**, 9. Januar. Freiwillig in den Tod gegangen ist in Adlershorst der polnische Oberleutnant S. Er erschoß sich in der Nähe des Kurhauses. Zu dem tragischen Vorfall erfährt die „Gaz. Gd.“, daß der aus dem Leben geschiedene, kaum 20jährige Offizier zu der großen Gruppe derjenigen gehört, die, als Frontkämpfer verwundet, siech in die Heimat zurückkehrten und nach notdürftiger Wiederherstellung entlassen wurden. Der Verstorbene erhielt eine monatliche Rente von 3000 Mark. Es war ihm nicht gelungen, eine auch nur notdürftige Existenz zu finden. Not, Krankheit und Verzweiflung haben ihm die Waffe in die Hand gedrückt.

Aus Ostdeutschland.

* **Marienburg**, 6. Januar. Ein Eisenbahnunfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich Sonntag nacht 12 Uhr auf dem Bahnhofe. Beim Überschreiten der Gleise wurde der Rangiermeister Schubring aus Sandhof von der Rangiermaschine zu Boden geworfen und weitergerollt, wobei ihm die Eingeweide bloßgelegt wurden. Der Verunglückte, der im 39. Lebensjahre steht und eine Witwe mit vier unmündigen Kindern hinterläßt, von denen das jüngste 11 Monate zählt, starb bald nach Einlieferung ins Krankenhaus.

* **Tapiau i. Ostpr.**, 8. Januar. Die Tochter eines seit Monaten Arbeitslosen feierte Hochzeit. Nach der kirchlichen Trauung fuhr die Hochzeitsgesellschaft von 24 Personen nach dem ersten Hotel der Stadt. Im großen Vereinszimmer wurde das Essen serviert. Der Bruder der jungen Frau, der noch bei seinen Eltern lebt, ist ebenfalls schon seit Monaten arbeitslos. Vater und Sohn sind ungelernte Arbeiter.

Neues vom Tage.

§ **In der Grube Donnersmarck** in Oberschlesien brach in der Nacht zum 11. Januar ein Großfeuer aus. Nach den bisherigen Angaben befanden sich 43 Bergleute in der in Flammen stehenden Grube. Nähere Einzelheiten fehlen zurzeit.

§ **Ein D-Zug-Diebespaar verhaftet.** Auf der Fahrt im D-Zug von Saßnitz nach Stralsund wurde kürzlich ein Ehepaar überrascht, das einem Schweden einen Koffer mit wertvollem Inhalt aus dem Abteil entwendete. Es stellte sich heraus, daß das angebliche Ehepaar bereits zahlreiche Diebstähle auf den verschiedensten D-Zugstrecken verübt hatte. In ihrer Wohnung in Saßnitz fand man Kleider und Wäsche im Werte von vielen Millionen sowie Gold- und Silbersachen und zwölf Koffer. Die Frau ist eine geschiedene Frau Wahl, während der Mann Papiere auf den Namen Schlosser Brandenburg bei sich führte.

§ **Silvester-Unglück in Krumhübel.** Ein schweres Unglück hat sich in der Silvesternacht in Krumhübel im Riesengebirge ereignet. Beim Verkauf von Scherzartikeln wurde versuchsweise einer der die Form einer Eierhandgranate hatte, entzündet. Es handelte sich aber um eine wirkliche Handgranate, die explodierte. Dem Käufer, einem Engländer, wurde die Hand weggerissen. Die Verkäuferin und noch sechs andere Personen wurden ebenfalls schwer verwundet.

§ **Opfer der Berge.** Aus Bern wird gemeldet: Die beiden Brüder Professor Charles de Rahn aus Lausanne und Ingenieur David de Rahn aus Affeltern am Züricher See, die am 29. Dezember zu einer Skitour nach dem Wildhorn aufgebrochen waren, sind verschollen. Allen Umständen nach zu schließen sind sie von einer niedergegangenen Lawine begraben worden. Bisher hat man noch keine Spur von ihnen entdeckt.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Zu dem Eingesandt in der Beilage zu Nr. 7 des „Posener Tageblatts" nehmen wir Stellung und erheben gegen die Geschäftsleitung des Bauernvereins Kreis Jarotschin den Vorwurf, ihren Verpflichtungen gegen die deutschen Wanderspiele (Leitung Marowski) nicht nachgekommen zu sein. Die Vorbereitungen zu dem am 7. Januar in Jarotschin angesagten Spiel waren unexakt und mußten erst durch unsere Initiative teils neu eingeleitet, teils beendet werden. Die Geschäftsführerin hat es versäumt, uns persönlich über den Stand der Dinge zu orientieren, wozu wir ihr rechtzeitig die Gelegenheit gegeben haben, so daß wir durch die schlecht orientierte Vertretung einen durchaus negativen Eindruck von der Vorbereitung bekommen mußten. Doch — und dies sei ausdrücklich bemerkt — entschlossen wir uns erst zu einer Absage, als die Jarotschiner Geschäftsführung anderweitige Verpflichtungen gegen uns in der Provinz (Pleschen, Ostrowo) nicht hielt. Da wir, wie allgemein bekannt ist, niemals um des Gewinnes willen arbeiten, war es für uns nach den Erfahrungen in Jarotschin selbstverständlich, auf jedes weitere Entgegenkommen in diesem Kreise zu verzichten.

Posen, 11. Januar 1923. **Marowski.**

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

C. F. in N. Sz. 1. In dem betr. Artikel war ausdrücklich nur von Hypothekengeldern, nicht aber von Darlehnskassengeldern die Rede; infolgdessen kommen die letzteren gar nicht in Frage. 2. Nur in polnischem Gelde. 3. Sie müssen uns doch zunächst einmal mitteilen, wofür und bei wem Ihre Tochter die 16 000 M. hinterlegen mußte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Von der Warschauer Börse.

Auf der Warschauer Börse, also vom Donnerstag sind durch eine Verfügung des Delegierten des Finanzministeriums Transaktionen mit hochwertigen Valuten bis zum Dienstag einschließlich verboten worden. Infolgedessen wird der Börsenbericht bis Dienstag keine Notierungen von Auslandsvaluten enthalten.

= **Die Obligationen der Hapag** (Hamburg—Amerika-Linie), die zur Rückzahlung gekündigt sind und am 15. Dezember ihren Höchststand mit 2000 erreicht hatten, gingen gestern in Hamburg auf 400 zurück.

= **Aus dem lettischen Bankwesen.** Die Bank von Lettland hat beschlossen, den Landwirten ein Getreidedarlehn in Höhe von 100 Mill. Lettrubel zu gewähren. — Die zweite Rigasche Gesellschaft gegenseitigen Kredits wird unter dem Namen „Rigaer Kreditbank" in eine Aktienbank umgewandelt, das Kapital beträgt 10 Mill. Lettrubel (200 000 Goldfranken).

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	85 000—88 00	Felderbsen	70 000— 80 000
Roggen	64 000 - 67 000	Viktoriaerbsen	100 000—110 000
Braugerste	49 000 - 51 000	Serradella	100 000—120 000
Hafer	51 000 - 54 000	Buchweizen	45 000—50 000
Weizenmehl 65 %	125 000 – 129 000	Fabrikkartoffeln	4 400— 4 800
Roggenmehl 70 (inkl. Säcke)	98 000—104 000	Getreidestroh, lose	14 0 0— 15 000
		„ gepr.	17 000— 18 000
Weizenkleie	39 000	Heu, lose	12 000— 13 000
Roggenkleie	38 000	„ gepr.	15 000— 16 000

Fast gänzlicher Zufuhrmangel dauert fort, dadurch weitere Preissteigerung. — Stimmung: fest.

Posener Viehmarkt vom 12. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 220 000—240 000 M. II. Sorte 170 000—190 000 M. III. Sorte 120 000—140 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 240 000—250 000 M. II. Sorte 200 000 bis 220 000 M.

II. Schafe I. Sorte 160 000—170 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 390 000 M., II. Sorte 370 000 M., III. Sorte 300 000—350 000 M.

Der Auftrieb betrug: 241 Rinder, 114 Kälber 64 Schafe 12 Ziegen, 198 Schweine, 186 Ferkel, das Paar 160 000—180 000 M. — Tendenz: ruhig.

Offizielle Warschauer Börse vom 11. Januar.

Valuten:

Dollar . . . 21 100 20 575, 20 800
Deutsche Mark . . . 2.12½, 2.07½, 2.10.

Devisen:

Belgien	1340, 1330	Paris	1475, 1555 1462½
Berlin	2.04½, 2.07½ 2 05	Prag	587½ 584 585
Danzig	2 04 2.07½, 2 05.	Schweiz	4010, 4015, 3990
London	99 400, 98 200 98 750	Wien	30½ 31¼ 31
Neuyork	21 000, 21 100, 20 575, 20 800	Holland	—.—
		Italien	—.—

Danziger Mittagskurse vom 12. Januar.

Die polnische Mark in Danzig $48\frac{3}{4}$—49
Der Dollar in Danzig 10 400

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen:	9. Januar	11. Januar
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	180—175 + N	180—175 +
Bankaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	650 + N	700 + N
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	450 + N	450 + N
Bank Poznański	—.—	450 + N
Kwilecki, Potocki i Ska.	1100 - 1200 N	1250—1350 + N
Bank Przemysłowców (ex. Zukaufsr.)	550 - 600 + N	550-650-625 + N
Bank Zjednoczenia I. Em.	—.—	700 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1050—1025 + A	1025 - 1050 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	1200 - 1250 + N	1200—1350 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV Em.	490—500 + N	500 - 49 + N
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	550 + N	600 + N
Bank Młynarzy	375 + N	390 + N
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em.	1200 + N	1300 +
Industrieaktien:		
Arcona	2400 + A	2400 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	850 +	850—875 + N
R. Barcikowski (exkl. Kup.)	1400 + N	1500—1550 + N
Browar Krotoszyński (exkl. Kup.)	—.—	1500 + N
Brzeski Auto I.—II. Em.	700—725 + A	700 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em.	5700—5850 + N	61 0—6400 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	—.—	475—450 + N
Centrala Skór	2800 + A	2850 2700 + N
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1150 - 1175 + A	1200—1400 + N
Hartwig Kantorowicz	3400 - 3500 + N	4300 - 4500 + N
Hurtowina Drogeryjna	425 - 450 + A	415 - 425 + A
Hurtownia Związkowa	525 + A	525—475 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1150—11 0 + N	1100 + A
Herzfeld-Viktorius	3300—3350 + N	3400—3550 + A
Juno	1350 + A	1300 + A
Lakoma	1150 + N	1250 + N
Luban, Fabryka przetw. ziemn.	30000-31000 + N	33000-35000 + N
Dr. Roman May	9500—9750 + N	10 000 - 11 000 bis 10 500 + A
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	2400 - 2600 + N	2700—2800 + A
Młyn Ziemiański	1850—1825 + A	1850—1825 + A
Orient	650 + A	625 - 600 + A
Płótno	—.—	1100 + N
Papiernia, Bydgoszcz	2900—2950 + A	2800 + A
Patria	1850—1800 + A	1800 - 1700 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	3000 - 2925 + A	2850—2800 + N
Bracia Stabrowscy (Zapałki)	—.—	1700 + N
Spółka Stolarska	3000 + A	3000—2900 +
Sarmatia I.—II. Em.	—.—	2900 + A
Słoma	—.—	1000 +
Tri	900 + A	900—850 + A
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4200 + A	4200 4400 bis 4350 + A
Waggon Ostrowo	2200—2250 +	2250 - 2300 + N
Wisła Bydgoszcz	4300—4500 + N	—.—
Włókno	850 +	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	925 + A	925 + A
Zjedn. Browary Grodziskie	5000—5100 + N	4900—5000 + A

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 212½—208. Umsatz: 26 750 000 dtsch. Mk Dollars 21 300—21 250, Pfd. Sterling 100 000—101 500.

A Angebot. N Nachfrage, + = Umsatz.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.